

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1924

502 (20.11.1924) Morgenausgabe

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Anzeigendruck: für die 9 gespaltene Kompositionszeile ob. deren Raum 25 Goldpfennig, auswärts 30 Goldpfennig. Restanzeile 80 Goldpfennig, an erster Stelle 90 Goldpfennig, bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. Gelegenheits- u. Familien-Anzeigen sowie Stellengesuche ermäßigter Preis. / Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Karlsruhe, Ritterstraße 1. Fernsprechanstöße: Geschäftsstelle Nr. 18, Verlags Nr. 21 und 297, Schriftleitung Nr. 20, Hauptdruckerei Nr. 19, Postfachkonto Nr. 9542 Karlsruhe.

Chefredakt. H. v. Laer. Verantwortl. f. Politik: Frh. Ehrhardt; für den Nachrichtenteil: Hans Doh; für Wirtschaft, Stadt u. Baden: Fein. Ehrhardt; für Feuilleton: H. Weid, für „Pyramide“: Karl Joh; für Inserate: S. Schriever; sämtl. in Karlsruhe. Druck u. Verlag G. F. Müller, Karlsruhe, Ritterstr. 1. Berliner Redaktion: Dr. Rich. Jügler, Berlin-Steglitz, Sobanstr. 17, Telefon: Amt Steglitz 1119. Für unverlangte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Sprechstunde der Redaktion: 11-12 Uhr.

Illustrierte Beilage / Unterhaltungsbeilage / Der Lesekreis / Literaturbeilage / Technik / Für die Frauen / Wandern u. Reisen / Turn- u. Sportzeitung / Ratgeber f. Landwirtschaft u. Tierzucht

Die neuen Männer in Oesterreich.

Die wahrscheinliche Ministerliste.

Wien, 19. Nov. (Eig. Drahtber.) Die Bemühungen Dr. Kameks um die Bildung eines neuen Kabinetts auf der Grundlage der alten christlich-sozialen-protestantischen Koalition sind im Laufe des heutigen Tages soweit fortgeschritten, daß mit der Wahl der neuen Regierung in der auf morgen angelegten Sitzung des Hauptauschusses und des Nationalrates mit Sicherheit gerechnet werden kann. Dr. Kamek hat den Erfolg für sich, daß die Großdeutsche Reichspartei heute nachmittag endgültig beschlossen hat, zwei Mitglieder der Partei in das neue Kabinett zu entsenden.

Der „Abend“ veröffentlicht folgende Ministerliste, die mit großer Wahrscheinlichkeit die endgültige sein wird:

- Bundeskanzler und Inneres: Dr. Kamek,
- Außen: Dr. Mataja,
- Wirtschaft und Fiskus: Dr. Waber,
- Finanzen: Dr. Ahrer,
- Handel: Dr. Schürz,
- Unterricht: Dr. Schneider,
- Sozialverwaltung: Dr. Reisk,
- Geheimwesen: Bangoin,
- Landwirtschaft: Buchinger.

Die Pariser Verhandlungen.

Paris, 19. Nov. (Drahtber.) Die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich werden nunmehr fortgesetzt werden, nachdem Staatssekretär Trendelenburg nach Paris zurückgekehrt ist. Ueber den näheren Zeitpunkt des Wiederbeginns der Verhandlungen ist jedoch noch nichts Näheres bekannt. In hiesigen politischen und industriellen Kreisen sieht man dem Gang der kommenden Verhandlungen mit großer Skepsis entgegen, da verlautet, daß Staatssekretär Trendelenburg ohne besondere neuen Anweisungen zurückgekehrt sein soll, und es wird eine Versäuerung der entscheidenden Verhandlungsphase vorausgesetzt, bis nach dem Ergebnis der neuen Wahlen.

Um die Weisbegünstigung

Brüssel, 19. Nov. Nach dem „Stolle Belge“ entspricht es nicht den Tatsachen, daß die deutsche Regierung Deutschland die Weisbegünstigung stillschweigend eingeräumt hat, zum mindesten nicht für alle Postläufe. Man habe diese Klausel nur als Basis für die Unterhandlungen angenommen.

Die deutsch-englischen Wirtschaftsverhandlungen.

London, 19. Nov. Dem „Daily Telegraph“ zufolge sind die Verhandlungen zum Abschluss eines deutsch-englischen Handelsvertrages, die Lord Aberdeen führt, heute abgebrochen. Es sei nun nötig, daß die Deutschen nach London kämen, um die letzten Einzelheiten mit dem Schatzamt und der Handelskammer zu vereinbaren, worauf der Vertrag unterzeichnet werden könne.

Telegrammwechsel zwischen der Repko und General Dames.

Paris, 19. Nov. Zwischen der Repko und dem ehemaligen Vorsitzenden des Sachverständigenausschusses, General Dames, wurden Telegramme gewechselt. Die Repko spricht in Erinnerung der großen Dienste, die General Dames leistete, diesem die besten Wünsche für die Wahl zum Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten aus. — Dames drabte der Repko: „Meine Beziehungen zur Repko während der Dauer der Arbeiten der Sachverständigen waren für mich eine große Ehre und ein großer Vorzug. Ich bitte deshalb, den Mitgliedern der Repko den Ausdruck meiner Dankbarkeit für die mit überaus großer Geduld auszuprechen.“

Englische Arbeitslosenziffern.

London, 19. Nov. (Eig. Drahtber.) Die Zahl der Arbeitslosen in England hat seit dem 8. November um 9823 abgenommen. Augenblicklich sind noch 1 218 400 Arbeitslose gemeldet. Die konservativen Blätter geben ihrer Verleumdung darüber Ausdruck, daß seit dem Beginn der Tätigkeit der neuen Regierung die Arbeitslosigkeit im Abnehmen begriffen ist.

Ein politisches Attentat in Kairo.

Bombenattentat auf den Befehlshaber der britischen Truppen in Aegypten.

Kairo, 19. Nov. Gegen den Sirdar (Feldmarschall) der ägyptischen Armee, General Sir Lee Stack, wurden heute, als er das Kriegsministerium verließ, zwei Bomben geschleudert, von denen eine explodierte und Stack schwer verwundete. Die Attentäter sind entkommen.

Zu dem Attentat wird weiter gemeldet, daß die Attentäter erst die Bombe warfen, die nicht explodierte und dann mehrere Revolvergeschosse abgaben, die Stack, seinen Adjutanten, den Chauffeur sowie einen Polizisten verwundeten. Stack ist in das Hospital eingeliefert worden. Die Attentäter werden auf zwei bis drei Personen geschätzt.

London, 19. Nov. (Eig. Drahtber.) Zu dem Attentat auf den Befehlshaber der britischen Truppen in Aegypten werden folgende Einzelheiten bekannt:

Das Attentat ereignete sich, als der Generalmajor sich zum Kriegsministerium begeben wollte. Auf das Auto wurde eine Bombe geschleudert,

die nicht explodierte. Das Auto war von Anführern, deren es ca. sieben oder acht waren, umstellt worden, so daß es zum Halten gezwungen war. Als die Angreifer sahen, daß die Bombe nicht explodierte, gaben sie etwa noch dreißig Revolvergeschosse auf die Insassen des Autos ab. Der Generalmajor wurde an Brust, Händen und Füßen verletzt. Sein Chauffeur, sein Adjutant und ein in der Nähe befindlicher Polizist wurden ebenfalls verletzt. Die Angreifer flüchteten in zwei bereitstehenden Taximetern. Da sie von zwei englischen Motorradfahrern verfolgt wurden, gaben sie auch auf diese mehrere Schüsse ab, worauf es ihnen gelang, zu entkommen. Der Chauffeur des Generals hat diesen trotz seiner eigenen Verletzungen noch bis zur Residenz gefahren, wo sie die erste Hilfe erhielten.

Nach den letzten Meldungen hat sich der Zustand des Generalmajors verschlimmert, so daß eine sofortige Operation nötig ist. Ein veröffentlichtes Communiqué drückt das Bedauern des Königs und des Militärs über das Attentat aus. Zaalut Pasha hat sich heute abend nach der Residenz begeben, wo er dem Generalmajor ebenfalls sein Bedauern über den Zwischenfall ausdrückte.

England und das Genfer Protokoll.

Genf, 19. Nov. Zur Mithingstellung der durch die Agentur Davaos verbreiteten Meldung über das englische Ersuchen um Ablegung der Frage des Genfer Protokolls und der Abrüstungskonferenz von der Tagesordnung der nächsten in Rom stattfindenden Ratstagung, die die Begründung des englischen Ersuchens in durchaus ungenügender Form wiedergibt, teilt das Völkerbundsekretariat den Wortlaut der von der englischen Regierung erhaltenen Note mit. In dieser Note wird darauf hingewiesen, daß die erst kürzlich zur Herrschaft gelangte engl. Regierung eine Zeit bedürfte, um sich eine wohlüberlegte Meinung über den Inhalt des Protokolls zur friedlichen Regelung internationaler Streitfälle zu bilden. Die englische Regierung sei deshalb gezwungen, darum zu ersuchen, daß diese Frage von der Tagesordnung der nächsten Ratstagung abgesetzt und auf eine spätere Tagung verlegt werden möge, um der britischen Regierung die Möglichkeit zu geben, diese Frage mit der Aufmerksamkeit zu prüfen, die sich aus ihrer großen Bedeutung ergibt. Man zweifelt nicht daran, daß der Rat diesem Ersuchen Folge leisten und die Vertragung beschließen wird.

London, 19. Nov. (Eig. Drahtber.) Einige Blätter melden, daß Baldwin gestern mehrere einflussreiche Persönlichkeiten in der Downing Street empfangen und sich mit ihnen in Fragen der Außenpolitik besprochen hat. Diese Unterredungen hätten aber keinen offiziellen Charakter gehabt.

Ein Massenprozeß in Budapest.

Zumuffgen im Gerichtssaal.

Budapest, 19. Nov. Heute begann vor dem Budapest Straßengerichtshof der Massenprozeß gegen die Bombenwerfer Josef Marffy und acht Genossen. Den Angeklagten werden acht Morde und 28 Mordversuche, darunter das Attentat gegen den demokratischen Klub, dem acht Menschen zum Opfer fielen, zur Last gelegt. Zur heutigen Verhandlung hatte die Polizei umfassende Sicherheitsvorkehrungen getroffen, da man einen Handreich der „Erwachenden Ungarn“ auf das Gerichtsgelände zwecks gewalttätiger Befreiung der Angeklagten befürchtete. Das Gerichtsgelände war in weitem Umfange von berittenen und radfahrenden Polizisten abgesperrt, während im Treppenhause und im Verhandlungssaal über hundert Polizisten und ebenso viele Detektivs verteilt waren.

Am heutigen ersten Verhandlungstage kam die Anklage des Staatsanwaltes zur Verlesung. Sodann schritt der Vorsitzende, Senatspräsident Langer an die Vernehmung der einzelnen Angeklagten. Hierbei kam es zu riesigen Tumulten, da die Verteidiger der neun Angeklagten demonstrativ den Saal verließen, als der Vorsitzende dem Hauptangeklagten Marffy das Wort entzog, weil er die ihm gestellten Fragen nicht beantwortete. Die Verteidiger verließen unter wüsten Beschimpfungen des Gerichtshofes den Verhandlungssaal. Später erschienen sie wieder und meldeten die Nichtteilnahme gegen den Vorsitzenden an. Die Verhandlung nahm sodann einen ungestörten Verlauf.

China und die Ausländer.

Shanghai, 19. Nov. In einem Interview hat Dr. Sunjatsen die ausländischen Mächde stark angegriffen, weil sie angeblich versucht haben sollen, ihm den Aufenthalt in Shanghai zu verweigern, wo er sich auf der Durchreise nach Tientsin aufhält. Sunjatsen erklärte, daß die Ausländer die Güte Chinas seien und drohte mit scharfen Maßnahmen, wenn ernstlich versucht werde, gegen seinen Aufenthalt in Shanghai Einspruch zu erheben. Er erklärte, daß die Zeit kommen werde, wo alle Ausländer in China verschwinden würden. Wenn die fremden Mächte weiterhin versuchen wollten, einen Druck auf das chinesische Volk auszuüben, so werde dies zu Unruhen führen, da alle chinesischen Patrioten eine solche Anmaßung nicht länger ertragen könnten.

Konferenz der politischen Führer Chinas.

London, 19. Nov. Nach einer Meldung aus Shanghai ist Dr. Sunjatsen hier angekommen. Er wird sich nach Peking begeben, wo er an der allgemeinen Konferenz der chinesischen politischen Führer teilnehmen wird, die sich mit der Wiederherstellung der politischen Einheit Chinas beschäftigen wird. In einem Interview erklärte Sunjatsen, daß die japanischen Konzeptionen in China in naher Zeit aufgehoben werden müßten.

Ein Damesplan für China?

London, 19. Nov. Neuer berichtet aus Neuport, daß man in finanziellen Kreisen einen Damesplan für China erörtert, der mehr von Geschäftsleuten als von Diplomaten durchgeführt werden soll. Der Plan soll in einer von China einzuberufenden internationalen Versammlung demnächst besprochen werden. Amerikanische Finanzleute haben vorgeschlagen, daß die Vereinigten Staaten auf dieser Konferenz die alten chinesischen Obligationen fundieren. Neue Obligationen sollen nicht abgegeben werden.

Polen und die Kleine Entente.

Paris, 19. Nov. Der „Matin“ erzählt aus Belgrad, daß Besprechungen zwischen den Regierungen der Kleinen Entente und der polnischen Regierung bevorstehen, die auf einen Eintritt Polens in die Kleine Entente abzielen. In diplomatischen Kreisen ist man der Auffassung, daß die Aufnahme Polens durch die bevorstehende Anerkennung Sowjetrußlands durch die Kleine Entente notwendig geworden ist. Wahrscheinlich wird bereits im Laufe des kommenden Monats eine Konferenz zwischen den Vertretern der Kleinen Entente und Polen in Bukarest stattfinden.

Mussolinis Parlaments-Erfolg.

(Von unserem Vertreter in Rom.)

Rom, 18. Nov. Mussolini hat es nun in seinem Kampf gegen den demokratischen Parlamentarismus bis zum Familien-Parlament unter Ausschluß der Opposition gebracht. Diese neue Art des Parlamentarismus wird von seiner Zeitung „Popolo d'Italia“ als „moderner Parlamentarismus“ verteidigt und verherrlicht. Es ist Mussolinis Geschäftlichkeit, daß er es versteht, seiner diktatorischen Regierung das Mantelchen der Konstitution in mehr oder weniger gut gelungenen Faltentwurf umzuhängen. Die fünf Monate seit der Ermordung Matteottis, die darauf erfolgenden Verweigerung der parlamentarischen Mitarbeit durch die Oppositionsparteien und der damit nötig gewordenen Vertagung der Kammer sind zu Ende gegangen, ohne daß es Mussolini gelungen wäre, seine damals gegebenen Versprechungen einzulösen. Gewiß ist die faktische Rationale Miltz auf die Verfassung verdrängt worden; aber diesem Eid legt man in breiten Schichten des italienischen Volkes keinen Wert bei. Gewiß sind die an der Ermordung Matteottis beteiligten Verbrecher der Justiz überliefert worden. Aber der Prozeß zieht sich endlos in die Länge, und kein Mensch weiß, wie er ausgehen wird. Die „normalen Zustände“, welche Mussolinis Regierung im Lande heraufzubeschwören beabsichtigt, bestehen in einem scharfen Pressegesetz gegen die Oppositionsblätter und einem Versammlungsverbot, ebenfalls gegen die Opposition. Kein Wunder, daß am Vortage der Wiedereröffnung des Parlaments die Oppositionsparteien eine Kundgebung an das Volk gerichtet haben, in der sie feststellten, daß die faktische Parteiregierung nach wie vor das Land mit Waffengewalt beherrsche, die übrigen Staatsbürger an dem Rechte der politischen Betätigung hindere und daß die Abgeordneten der Opposition in Mussolinis Parlament deshalb keine Möglichkeit zur Erfüllung ihres Mandates finden könnten. In diesem Manifest formuliert die Opposition zum ersten Male deutlich ihre Forderung: Aufhebung des unter dem Druck des faschistischen Wahlgewalt und Wahlterror im April gewählten Parlamentes, Einsetzung einer überparteilichen Regierung zur Überwindung neuer Wahlen und baldige Neuwahlen. Das ist eine klare Sprache, die denn auch im ganzen Lande ihre Wirkung nicht verfehlt hat.

Mussolini, der die Vorgänge bei Wiedereröffnung der Kammer nach den Ereignissen der letzten Tage voraussehen mußte, belegte die übliche große Eröffnungsrede des Ministerpräsidenten auf den Vortage der Eröffnung und hielt die Rede vor den Mitgliedern seiner Mehrheitspartei. Man muß sich vor Augen halten, daß diese zwei Drittel der Kammer ihre einnehmende Mussolinische Mehrheit nur zum Teil aus Faschisten besteht; es gehören ihr auch die sogenannten „sanftmütigen“ Politiker an, die Liberalen unter Salandra und Orlando, und eine größere Zahl parteiloser Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigter. Die extreme Richtung des Faschismus hat nun in den fünf Monaten der Parlamentarische Pause alles nur irgend mögliche getan, um ihrem Daß gegen den Liberalismus und gegen die nicht-faschistischen, d. h. unpolitischen Organisationen der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten hörbaren und fühlbaren Ausdruck zu geben. Die Reaktion im Lager der Liberalen hat zwar noch nicht zu einem Austritt der liberalen Abgeordneten aus dem Mehrheitsblock geführt — denn diese Abgeordneten hängen vielerlei allzu sehr an ihrem Mandat — aber die Spannung zwischen Liberalismus und Faschismus ist mit jedem Tage gewachsen und einmal werden auch die Abgeordneten die Konsequenzen ziehen müssen. Einen viel tieferen Eindruck hat auf das Land der geradezu planmäßig betriebene Feldzug der Faschisten gegen die Kriegsteilnehmer hervorgerufen. Der Höhepunkt in diesem Vorgehen der radikalen Faschisten unter der Führung von Farinacci war der Skandal vom 4. November, dem Tag der italienischen Siegesfeier. Hier wurden in vielen Städten Italiens die Vertreter der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten beschimpft, verprügelt und, wie in Rom, von der Teilnahme an dem Festzug gewaltsam zurückgehalten. Allgemein glaubte man, daß die Kriegsteilnehmer nun endlich den Festzugsbanden aufnehmen würden; aber in großer Mäßigkeit haben sie sich darauf beschränkt, in feierlichen Mantillen an das Volk nochmals zur Entschuldigung zu mahnen. Die Regierung hat ihnen für ihre Zurückhaltung die Duldung ausgedehnt und bis auf weiteres alle öffentlichen Versammlungen und Umzüge verboten, die von den Kriegsteilnehmern beantragt waren.

Mussolini mußte also die Wiedereröffnung seines Parlamentes zu einem sehr unglücklichen Zeitpunkt begeben. Seine Mehrheit ist innerlich bereits gespalten, wenn dies auch äußerlich noch nicht zum Ausdruck gekommen ist. Er hat denn auch in der Hauptsache nur Beschwörungsformeln hergelaßt, um die Mehrheit zusammen zu halten. Denn ihr Zerfall würde unauslöschlich Auflösung des Parlamentes bedeuten. Ueber das Fortbleiben der Opposition trübte sich Mut,

folgt mit einigen Phrasen. In Wirklichkeit aber ist die Entschlossenheit der Opposition ein schwerer Schlag für ihn; denn seine Kammer ist nun nichts anderes als ein Familienparlament, ein Parlaments-Ersatz, geworden, wo die Fasziisten und ihre Mitläufer ganz unter sich sind. Da hält man nun Reden und beglückwünscht und beweihräuchert sich gegenseitig. Kein Mitglied trübt das Idyll, wenn nicht fortwährend das Menetekel der leeren Oppositionsbänke verkündet, um welchen Preis dies Idyll erreicht worden sei. Die diesmalige Eröffnung der Kammer war so unfeierlich wie nur möglich. Und eine Episode ist bezeichnend für den Niedergang des Fasziismus in den letzten Monaten: Als das neugewählte Mussoliniparlament im Mai zu seiner ersten Sitzung zusammentrat, da war der im ganzen Lande verehrte Kriegsblinde Delcroix, der Führer der Kriegsbeschädigten-Organisationen, Gegenstand beglückender Guldigungen der Versammlung. Diesmal, am 12. November, begrüßte ihn bei seinem Eintritt kein Zuruf, kein Händeklatschen, diesmal feierten die fasziistischen Abgeordneten demonstrativ ihren im Krieg erkrankten und verwundeten Führer Karacci. So ändern sich die Zeiten auch unter einer nationalistischen Regierung.

Man braucht sich darüber nicht zu wundern, wenn man sieht, wie der ungekrönte König des Fasziismus seine Anhängungen und Meinungen fast täglich wechselt. Bald bietet er alle Kräfte der Ueberredung, Schmeichelei und Beschwörung auf, bald ergeht er sich in Drohungen und Beschimpfungen an dieselbe Adresse, bald spricht er von Veröhnung als seinem Ziel, bald verherrlicht er die Diktatur und ständige Revolution. Aber all seine Anstrengungen der letzten Monate haben das immer größer werdende Mißtrauen gegen ihn nicht überwinden können. Als er vor den 8000 Arbeitern der „Fiat“ sprach, hörten ihn diese, wie sie vorher der Diktation versprochen hatten, ohne ein Zeichen der Mißbilligung, aber auch ohne ein Zeichen der Zustimmung an. In Neapel hatte man den Werftarbeitern doppelten Lohn versprochen, wenn sie bei Mussolinis Besuch ihm einen „enthusiastischen Empfang“ bereiten würden. Die Arbeiter haben dort nur Hungerlöhne; aber sie lehnten die um solchen Preis verbrochene Zulage ab und Mussolini kam, sprach und ging unter dem eifigen Schmeicheln der Versammelten. Jedermann in Italien weiß heute, daß Mussolinis Regierung eine ausgeprochene Minderheitsregierung ist, die mit ihrer Hijack-Politik im Lande keine normalen Zustände herbeiführen vermag. Die parlamentarische Demasierung wird das ihre dazu tun, um den Druck der öffentlichen Meinung gegen diese Regierung zu verstärken.

Griechenland und Jugoslawien.

W. Athen, 19. Nov. Zu der von einem Morgenblatt gebrachten Meldung, daß Jugoslawien den griechisch-serbischen Bündnisvertrag kündigte, veröffentlicht die Regierung folgende Mitteilung:

Das serbisch-griechische Bündnis wurde am 19. Mai 1913 abgeschlossen. Damals war Serbien ein reiner Balkanstaat mit weit weniger Bevölkerung und von weit geringerem Umfang als das heutige Königreich, das sich über die Donau hinaus erstreckt. Griechenland war weniger als die Hälfte so groß als heute. Der Vertrag wurde für zehn Jahre abgeschlossen und tief insofern am 19. Mai 1923 ab. Er sollte von dem Tage ab, wo eine der vertragsschließenden Mächte den Wunsch äußerte, ihn zu kündigen, noch ein Jahr in Kraft bleiben. Es liegt auf der Hand, daß der Vertrag im Jahre 1923 nicht mehr den ganz beträchtlichen Veränderungen territorialer und anderer Art entsprach, die seitdem in den Vertragsstaaten eingetreten sind. Jugoslawien teilte seinen Beschluß der griechischen Regierung mit, daß es das zwischen den beiden Regierungen bestehende Bündnis als erloschen ansehe, gleichzeitig wurde aber der Wunsch beider Staaten ausgedrückt, Verhandlungen zum Abschluss eines neuen Vertrags zu eröffnen. Die Beziehungen zwischen den beiden Staaten bleiben auch weiterhin eng und freundschaftlich.

Robespierre.

Von Frank Thiel.

Der Rechtsanwalt Maximilian Robespierre aus Arras erhielt im Jahre 1784 einen zweiten Preis von der Akademie in Metz für ein Kanalkonstruktionsprojekt, um das sich niemand beworben hatte und dessen Lösung niemandem interessierte. In seiner Denkschrift spricht er die Erwartung aus, daß sein Reformvorschlag „nicht vergeblich dem weisen und jungen Monarchen vorgelegt“ werde, „der jetzt auf dem Throne sitzt“. Wir haben als Garantie dafür die heilige Leidenschaft, sein Werk zu beklagen, die den Grundzug seines erhabenen Charakters bildet. In derselben Denkschrift zu seinem Kanalkonstruktionsprojekt nimmt Robespierre auch den unehelichen Kindern gegenüber einen streng moralischen Standpunkt ein (sowohl er selber fast als uneheliches Kind zur Welt gekommen wäre), und beweist sich als unentwegter, von Ehrfurcht zum herrschenden Regime erfüllter, höchst sittenreiner Mann.

Im Jahre 1786 war dieser selbe Anwalt Robespierre Mitglied der Akademie von Arras geworden. In einer fast zweistündigen Rede bekannte er sich mit Entschiedenheit zum entgegengegesetzten Standpunkt.

Abermals zwei Jahre später steht er an der Spitze der Anarchisten; fanatisch der Politik hingegen, erfüllt von der Idee der Menschenrechte, dabei von so zartem Nervenweitem, daß der Gebante an Blutvergießen ihn schauern macht. Und als 1791 der Erfinder eines Schnellfeuergeschützes ihm sein Projekt vorlegt, lehnt er es entrüstet ab, weil es den Prinzipien der Menschlichkeit widerspreche.

Wer ist dieser sarte, pseudoelegante, ewig lächelnde, jede Unmöglichkeit fürchtende, jede gewalttätige Geste verachtende Herr? Ein Bruder des großen Voltaires aus der Revolution? Ein Namensvetter des Erfinders der Guillot-

Zumultigen im bayerischen Landtag.

Der völkische Abgeordnete Straffer von der Sitzung ausgeschlossen.

M. München, 19. Nov. Das Plenum des bayerischen Landtages begann heute vormittag die Aussprache zum Etat des Ministeriums des Äußern.

Probst (Wahr. Vp.) trat für die Beibehaltung dieses Ministeriums als Ausdruck der Staatspersönlichkeit Bayerns ein, ferner für die Notwendigkeit der Erhaltung der inneren deutschen Beziehungen. Auch die bayerische Gesandtschaft beim Vatikan müsse aufrecht erhalten werden. Redner wünschte weiter, daß der landsmännliche Charakter der Reichswehr in Bayern aufrecht bleibe. Die beabsichtigte Verlegung der Infanterieschule nach Dresden solle unterbleiben. Den Etat des Äußern werde seine Partei genehmigen schon als Ausdruck des ungeschwächten Vertrauens zum Ministerpräsidenten.

Dill (Soz.) erklärte namens seiner Partei, daß diese gegen die Gesandtschaften in Stuttgart und beim Vatikan stimmen werde. Aus politischen Gründen lehne seine Partei auch das Gehalt des Ministerpräsidenten ab. Redner betonte, daß in dem Wahlausruf der Bayerischen Volkspartei von 1920 die innerdeutschen Beziehungen als Luxus hingestellt wurden. Dill kritisierte schließlich scharf die Vorgänge beim Dittlerprozess und das ganze juristische Verfahren.

Im weiteren Verlauf der Debatte zog sich der Kommunist Schläffer einen Ordnungsruf zu. Bauer (D.National) erklärte, seine Partei stimme dem Etat des Ministeriums des Äußern zu.

Im weiteren Verlauf der Etatsberatung kam es zu erregten Szenen während der Rede des völkischen Abgeordneten Buttman, als dieser, gegen den Ministerpräsidenten gewandt, es als eine Ungehörigkeit bezeichnete, daß Hitler noch in Landsberg schmächte. Von den Bänken der Völkischen wurden beleidigende Zurufe gegen den Ministerpräsidenten gerichtet. Der völkische Abg. Straffer rief den Ministerpräsidenten wiederholt zu: „Fuhrer, über diese Klassenjustiz!“ Die völkischen Abgeordneten stimmten im Echo ein.

In der Zwischenzeit kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern der Bayerischen Volkspartei und des völkischen Blocks, die in einen wirren Lärm ansarteten. — Der Abg. Straffer rief im weiteren Verlauf zum Regierungsrücktritt: „Bayern wird von einer Sauband regiert.“

Präsident Königsbauer konnte sich im Laufe der Sitzung verweigern. Der Ministerpräsident verließ hierauf den Saal, ihm folgte Präsident Königsbauer.

Die Sitzung war damit unterbrochen.

Um 12.40 Uhr wurde die Sitzung wieder aufgenommen. Präsident Königsbauer wandte sich an das Haus mit der Erklärung, ein fasslich-mäßiges Wortes mehr als es sich eben ereignete, sei im Landtag noch nicht dagesessen. Der Präsident erklärte, daß der völkische Abgeordnete Straffer derartige beleidigende und ungehörige Auslassungen gegen die Staatsregierung und den Ministerpräsidenten gemacht habe, daß der Ordnungsruf nicht mehr in Frage kommen könne, und daß er Straffer auf Grund der Geschäftsordnung wegen gröblicher Störung für den Rest der heutigen Sitzung ausschließe.

Auf die Aufforderung des Präsidenten, den Saal zu verlassen, erhob sich Straffer und rief dem Präsidenten zu: „Der Saal nach Gerechtigkeit wird damit nicht unterbrochen werden!“ Darauf verließ er unter Heilrufen den Sitzungssaal.

In Abwesenheit des Ministerpräsidenten und der Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei setzte dann der völkische Abgeordnete Buttman seine Rede fort, wobei er erklärte, daß die Völkischen das Gehalt des Ministerpräsidenten ablehnen, um damit zu zeigen, daß sie in schärfster Kampfstellung gegen ihn seien. Weiterberatung Donnerstag vormittag.

Das bayerische Konkordat.

M. München, 19. Nov. Im neuen Konkordat mit dem bayerischen Staat hat die Kirche den vor hundert Jahren im Konkordat von 1817 bereits erhobenen Anspruch auf Grunddotations erneuert, jedoch mit der Bemerkung, falls dies dem bayerischen Staat möglich sei. Daher entstand die falsche Nachricht, der bayerische Staat habe der Kirche tausende Hektar Staatswald abgetreten. In Wirklichkeit ist kein Quadratmeter abgetreten worden, sondern die Kirche wird mit einer Parodation, wie bisher abgefunden.

Gegen die Preispolitik der bayerischen Elektrizitätswerke.

M. München, 18. Nov. Der Zweigverband der Großabnehmer der Fia Werke G. m. b. H. hat beim Landtag die Prüfung des Geschäftsgebarens und der Preispolitik aller bayerischen Elektrizitätswerke als unumgänglich beantragt, nachdem in Bayern die höchsten Strompreise unter ungünstigsten sonstigen Bedingungen gefordert werden. Mit der Verwendung seiner Wasserkräfte für die drei Hauptkomponenten des Staates, Industrie, Landwirtschaft und Verkehr, sei Süddeutschland nach englischen Sachverständigen Gutachten („Manchester Guardian“ vom 17. Juli 1924) eines der blühendsten Gebiete Europas, das sich immer noch weiter entwickele. Durch das Verhalten der elektrischen Kraftwerke werde die Erreichung dieses Ziels aber durchkreuzt.

Die Großfunkstation am Herzogstaud.

M. München, 19. Nov. Die „Münchener Zeitung“ meldet: Die Bauarbeiten an der Großfunkstation am Herzogstaud, die von der Firma Lorenz A. G. in Berlin als größte Station des Kontinents errichtet wird, sind soweit vorgeschritten, daß das Werk im Sommer 1925 in Betrieb genommen werden kann. Die Station soll Rauen und den Eiffelturm weit an Leistungsfähigkeit überreffen.

Aus der Pfalz.

Für die Rückkehrer.

Is. Speyer, 19. Nov. Für die aus dem Exil zurückgekehrten Ausgewiesenen wurden in sämtlichen protestantischen Kirchen der Pfalz ein Begrüßungs- und Dankesgottesdienst abgehalten. Predigt, Lieder und Gesänge waren auf den Charakter des Gottesdienstes eingestellt.

Aus dem Schuldienst entlassen.

Is. Kaiserslautern, 19. Nov. Der frühere Berufsbeamter der Stadt Kusel, der Hauptlehrer Ludwig Knapp, der nach seiner Amtsniederlegung wieder in den Schuldienst zurückgetreten war, ist nunmehr aus dem Staatsdienst entlassen worden. Knapp, der als Sozialdemokrat leinertzeit an der Auflösung der Pfalz von Bayern gerichteten Aktion des Reichstagsabgeordneten Hoffmann-Kaiserslautern beteiligt war, war vor einiger Zeit in München anlässlich seiner Teilnahme am Bayerischen Städtetag verhaftet, aber dann wieder freigelassen worden. Nachdem ihm die hitzigen Parteien des Stadtrates wiederholt das Vertrauen entzogen hatten, trat Knapp vor einigen Monaten von seinem Bürgermeistertposten zurück.

Neue Parteipflichterung in der Pfalz.

Is. Zweibrücken, 19. Nov. Die schon seit längerer Zeit bestehende Absicht der Gründung einer Christlich Nationalen Partei der Pfalz ist nunmehr doch verwirklicht worden, nachdem der Plan der Gründung nach Scheitern der Wahlalkommensverhandlungen mit den Deutsch-Völkischen der Pfalz in den Hintergrund getreten war. Gründer der neuen Partei ist der Generalsekretär des Evangelischen Bundes der Pfalz, Pfarrer Lorenz. Auch der Gewerkschaftssekretär des Christlichen Landarbeiterverbandes der Pfalz ist an der neuen Parteigründung beteiligt.

tine? Nein, es ist der Robespierre, Robespierre selbst. Es gibt nur einen Robespierre: den Königstreuen, liebedienlichen Advokaten aus Arras, den furchtsamen, von zarterer Menschlichkeit erfüllten Abgeordneten, den moralischen, in Sittenreue und Mäßigkeit erkrankten Prediger, den innerlich unsicheren, maklos eifernen, mißtraulichen, tüchtig-lebenswürdigen Politiker, den Tugendbold, den größten Schmeichler, der je vor dem Volke gestanden, den Nero in Puderperle und Schmalenbüschen, den blugierigen Tyrannen und den frommelnden, von geheimer mühsamer Angst erfüllten Erfinder und Stellvertreter des „Höchsten Wesens“.

Die Fülle dieser Gesichter, der wilde Mummenschauspiel dieser Rollen, welche eines segnenden Pfaffen und zornflammende Gebärde eines Despoten, Tanzmeisterlichkeit und Machttrieb, Wahnsinn, Blugier, maßfertige Angst, gepöbelte Kühnheit, erkrankte Religiosität — es ist alles in einem Menschen enthalten, in ein häßlich-langes, faltiges, lächelndes, böses, fein gezeichnetes, unheimliches Gesicht geschrieben. Wir bemerken Widerwärtige, die uns im Augenblick unmerkbar übersehen. Das Urteil über den größten Menschenkneifer der Revolution hat die Geschichte gefällt, doch die Problematik seines Wesens bedarf einer Lösung. Diese Aufgabe, für Robespierre die Normel zu finden, geht über die Verwirklichung der Diktatur hinaus. Sie mußte einem Manne vorbehalten bleiben, der mit bedeutendem historischem Rüstzeug ausgerüstet, gleichzeitig die Intuition und Erfahrungen des scharfsichtigen Kriminalpsychologen zu einem hat. Ganz von Dantia schrieb diese anknüpfende „Studien zur Psycho-Pathologie des Machttriebes“*, und lieferte damit nicht nur einen wertvollen Beitrag zur Geschichte der französischen Revolution, sondern vor allem zur Geschichte

* Hans von Dantia: Robespierre. Verlag Julius Hoffmann, Stuttgart 1924.

des Revolutionärs, des Gewaltmenschen, des Pseudogenies überhaupt. Robespierre ist nicht mehr und nicht allein eine Persönlichkeit aus der großen Revolution, sondern ein Allzeitgenosse, dessen rätselhaftes Gesicht uns anzieht, abschüßt, quält und peinigt, fesselt nach, fesselt zeitgemäß ammutet.

Sentig rednet Robespierre zu den „Tindern“, den geheimen Furchtsamen, die aus Schwäche sich zur Kühnheit aufwiegen, aus Angst Mut zeigen. Diese Schwäche, die verdropelt wurde durch das deutliche Gefühl, schwach zu sein, war wie gemacht für Zeiten der Verbitterung, der Rache, des Hasses, des Bestuns. Jetzt in den Stürmen der Revolution konnte er seinen bestrickten Trieben aus sozialen Gründen, aus „Humanität“, freien Lauf lassen. Er konnte aus Liebe zum Volk und zur Menschheit, aus lauter edlen Motiven Böses tun. Da packte er hin. Da war er beinahe geistreich, wirklich klug, scharf, einschneidend, nahezu glücklich und beinahe staatsmännlich.

Wer von uns, die wir das zwanzigste Jahrhundert erlebt haben, leßt diese Worte nicht mit dem bitteren Lächeln der Wissenden! Haben wir ihn in ähnlichen, verwandten Abwandlungen nicht selbst erlebt, ignorant wie Mme. Roland Robespierre nennt, doktrinär, keinen Fußbreit von seiner Ideologie weichend, jeder Schwäche zugänglich, dabei treulos, ohne das Pathos heiliger Ueberzeugung, nur getragen von dem hemmungslosen Trieb der Massenberührung? Darum Herr der Masse und ihr Sklave zugleich, vor ihren Zurufen zitternd, ihr vorher das Maul mit Versprechungen, Verheißungen, ewig wirksamen Phrasen stovend, ihren Hunger nach Brot mit Verurteilungen angeblicher Volksfeinde, ihren Durst nach Klarheit mit Blut stillend. Stark sind in ihm nur die Mächte der Verbitterung. Er reißt mit Kunst und Raffinement den alten Staatsbau nieder, doch wie die Zeit naht, da die Errichtung eines neuen Staates

Der Kampf des Deutschtums in der Tschechei.

Die getrigen Berichte aus Prag über die Vorgänge in der tschechischen Republik beleuchten grell die furchtbare Not, in der sich das Deutschtum unter fremder Herrschaft befindet. Tschechien nennt sich eine demokratische Republik und predigt das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Deutschen aber werden in dieser demokratischen Republik auf grausamste Weise verfolgt und bedrückt. Ihre Rechte werden mißachtet und niedergedrückt, die Möglichkeiten, das Leben zu behaupten, werden ihnen mehr und mehr verweigert. Und dies alles geschieht unter der Plaque der Demokratie. In welcher Weise der Kampf gegen den deutschen Grundbesitz geführt wird, zeigt folgender Bericht aus Prag:

G. Prag, 18. Nov.

Überall, wo die tschechische Bodenreform im deutschen Sprachgebiet durchgeführt wird, bietet das Vorgehen des tschechischen Bodenamtes berechtigten Grund zu schwerwiegenden Klagen. Groß ist die Ungerechtigkeit besonders beim Verteilungsverfahren, wonach die deutschen Bodenbesitzer einfach übergegangen werden, dafür aber geheime Verhandlungen mit den tschechischen Großgrundbesitzern als selbstverständlich angesehen und ganze Höfe unter ungeheuren Aufwänden hinsichtlich des Preises und des Ausmaßes an vom Bodenamte als „gnehm“ bezeichnete Personen freihändig verkauft werden. Die dem Bodenamte genehmen Personen sind ausschließlich tschechischer Nationalität. Es ist bisher noch nie ein Verkauf eines Hofes an einen Deutschen genehmigt worden. In jüngster Zeit wurden die Meierhöfe des Fürsten Liechtenstein sowie die Meierhöfe der Herrschaft Wendenbome-Hohenjollern in Folge einfach an Tschechen verkauft, ohne daß die Hunderte von deutschen Bodenbesitzern, welche bis jetzt von den Erträgen der Pachtgüter ihr Leben fristeten, berücksichtigt wurden.

Sticht dieses Verfahren denn nicht im frühesten Gegenfag zu dem, was als Zweck der Bodenreform beabsichtigt worden ist? Wie heißt es doch in dem Festschreiben des tschechischen Bodenamtes an den Präsidenten der Republik anlässlich des fünfjährigen Bestehens dieser Behörde? „Ihr historisches Werk der Befreiung“, sagte der Präsident des Bodenamtes im Oktober d. J., „wurde auf den großen Idealen der Moralität, Demokratie und sozialen Gerechtigkeit aufgebaut, die die einzige Garantie auch für die weitere Sicherung und Entwicklung unseres Wertes bilden. Die Tätigkeit dieses Amtes wird selbst von den tschechischen Parteien nicht ungeschmälert gebilligt und bei den letzten Beratungen des Parlaments sind scharfe Worte über die Ungerechtigkeit bei der Verteilung gegen die Leiter des Bodenamtes gefallen.“

Es ist offenkundig, daß die Tätigkeit des Bodenamtes im Dienste der tschechischen Parteilichkeit steht. Ein kleines Beispiel hierfür zeigt folgender Brief, den die tschechische agrarische Partei an die tschechische Regierung geschickt hat. „Durch das Verdienst unserer Partei haben Sie ein Recht erhalten. Beweist werden Sie das mit übereinstimmender, wenn wir für Sie den Organisationsbeitrag mit 100 Kronen für das laufende Jahr festsetzen.“

Diese Tatsache beleuchtet allen Einwendungen zum Trotz das wahre Ziel der Bodenreform.

Neuerdings wird bekannt, daß der Feldzug gegen den deutschen Boden auch von finanzieller Seite in scharfer Weise aufgenommen werden sollte. Die Anlehnung von „bewährten Tschechen“ als vorgehobenen Hüfen in das deutsche Sprachgebiet soll mit Hilfe des Kapitals durchgeführt werden. Zu diesem Zwecke haben sich eine Reihe von Finanz- und Wirtschaftsinstituten zu einer „landwirtschaftlichen Vereinigung“ zusammengesetzt. Es haben sich aufammengeschlossen die tschechischen Landesfunktäre, die tschechisch-slovakische Landwirtschaftsgesellschaft, die Verbände der Großgrundbesitzer und Pächter und der landwirtschaftlichen Angehörigen, der Zentralverband der tschechischen landwirtschaftlichen Genossenschaften, die tschechischen landwirtschaftlichen Bezirksvorsichtskassen, die tschechischen

notwendig wird, will man nicht vollkommen zugrunde gehen, beginnt er unsicher, ängstlich, phantastisch zu werden. Gibt er statt Geist Affekt, statt Ideen Trieb, rüßt er Ideale aus, die er aus seinem eigenen, schwächlichen, blutleeren Ich abzuschöpfen: Tugend! Weisheit! Unbesiegblichkeit! Und das Volk, an den fremden Geist Danons, an die ebrliche Leidenschaft Marats gewöhnt, schiebt heftiger nach schabenen Wittern. Robespierre wachte nichts als dieses Volkes Drängen erneut in Mut und Phrasen zu erschöpfen. „Auch Napoleon hat der Maße gesammelt. Aber nicht mit Worten. Seine Art der Schmeichelei hatte Wirklichkeitswert. Er sprach zur Nation mit hegreichen Schlägen. Robespierres System der bligen Worte fand ein Ende, als bei Neurs die Armee der Revolution das Wort ergriffen hatte. . . Je höher er stieg, um so mehr schienen die Feinde um ihn aus dem Boden zu wachsen. Je mehr seiner Geaner auf Schaft stiegen, umso zahlreicher wuchsen die Köpfe der Hydra. Um sich zu retten, mußte er sich an die Herrschaft anklammern. Um zu leben, mußte er töten.“

Er pries sich selbst, als er spürte, daß um ihn das Breiten dünner wurde. Seine Gerechtigkeit schien unantastbar. Dabei verfaßt er ein Gesetz, in dem es heißt, daß bei politisch Angeklagten das Unterium als Zeuge genüge. Der Wahnsinn beginnt aus den frühen Muzeln seines gelblichen Gesichtes, aus den Fratzen seiner gedemütigten Garderobe zu blinzeln. Die anfänglich künstlich gewahrte Gerechtigkeit bröckelt in grauenvollem Zusammenbruch ausinander: Gerechtigkeit? Der Sohn wird an Stelle des Vaters, der Vater für den Sohn hingerichtet, für eine Frau von Noills verurteilt man ein Präulein Noills. Als Grund der Fehlsprüche wird angegeben: ein revolutionärer Geschworener ist kein gewöhnlicher Geschworener.

Immer größer wird die geheime Angst, die Unfähigkeit, die Ahnung eines Endes in Robes-

Rechtsrenten, die dem, die Kleinbauern- und Hausbesitzervereinigungen sowie das staatliche Bodenamt.

Diese neue Organisation will alle zur Verfügung stehenden landwirtschaftlichen Kreditmittel zum Zwecke der Durchführung der Bodenreform sammeln, damit die Bodenarbeiter billigen Kredit erhalten.

Niedrigere wird es vielen tschechischen Bodenbesitzern überhaupt erst möglich, Siedlungsstellen im deutschen Gebiet zu übernehmen.

Aus dem Wahlkampf.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann in Karlsruhe.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann wird, indem er damit Wünschen aus Angehörigen, Beamten- und Arbeiterkreisen folgt, nicht, wie gemeldet, am Freitag, sondern erst am Samstag nachmittag um 4 1/2 Uhr seine große Rede in der Festhalle halten, um auch diesen Gruppen die Möglichkeit zu geben, ihn zu hören.

Nicht Almosen, sondern Recht!

Unter diesem für die Aufwertungsfrage zum Ecksaatort gewordenen Titel veranfaßte die Deutsche Volkspartei kürzlich eine Veranlassung, für die die frühere Reichstagsabgeordnete Frau Dr. Mas als Rednerin gewonnen war.

Die selbst ihr als Hypothek ausleihendes Geld aufgewertet bekämen.

Kontinuität erklärt Frau Dr. Mas, daß von einer schematischen Aufwertung eine Rede sein könne. Sie müsse durchaus unter genauer Prüfung des einzelnen Falles erfolgen.

Am Schluß ihrer mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen warnte die Rednerin vor Aufstellung von Sonderfaktoren des Hypothekensicherungsverbandes und ähnlicher Vereinigungen.

Hergt in Düsseldorf.

i Düsseldorf, 19. Nov. Gestern sprach hier Staatsminister a. D. Hergt in einer deutschen nationalen Versammlung.

Korruption.

Im Berliner Polizeipräsidium fangen die Skandale an, sich in weinlicher Weise zu mehren. Vor kurzem erst wurde festgestellt, daß auf der Fundstelle des Polizeipräsidiums schwere Unterschlagungen begangen worden sind.

Berschiedene Meldungen

Eine Erklärung Saffanows zum Tagebuch Georges Louis.

E. Paris, 19. Nov. (Ela. Drahtbericht.) In der Angelegenheit des Tagebuches von Georges Louis hat nun auch der ehemalige russische Außenminister des Zaren, Saffanow, eine Erklärung veröffentlicht.

Die Militärkontrolle.

v. Paris, 19. Nov. (Newport Herald.) meldet, daß die Untersuchung der internationalen Militärkontrollkommission in Deutschland nahezu beendet ist.

Der neue Generalstabschef der Rheinarmee.

t. Paris, 19. Nov. Brigadegeneral Petain ist zum Generalstabschef der französischen Rheinarmee ernannt worden.

Sitzung des Organisationskomitees der Reichsbahn.

m. Berlin, 19. Nov. Heute Vormittag trafen in Berlin das Organisationskomitee der deutschen Reichsbahn, bestehend aus den deutschen Mitgliedern Staatssekretär Vot und Staatssekretär Bergmann und den ausländischen Mitgliedern Sir William Acworth und Leperve zu einer Sitzung zusammen.

Arbeitszeiskonflikt im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

m. Halle, 19. Nov. Die an dem Tarif für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau beteiligten Arbeitnehmerorganisationen haben unter der Führung des Bergarbeiterverbandes den Tarifvertrag und das durch Schiedsgericht gegen den Willen der Arbeitnehmerverbände getroffene 10- bis 12-Stunden-Zwangsarbeitszeitabkommen gekündigt.

Eröffnung der II. Internationalen Opiumkonferenz.

E. Genf, 19. Nov. In diesen Tagen wurde im Völkerbundspalast unter dem Vorsitz des dänischen Gelehrten in Berlin, Fichte, die II. Internationale Opiumkonferenz eröffnet.

Ein Schmuggler im Schnellzug Basel-Freiburg verhaftet.

t. Basel, 19. Nov. (Drahtber.) Im Schnellzug Basel-Freiburg nahm die Zollbehörde einen Kuffen fest, der 481 goldene Uhren aus der Schweiz in Schachteln verpackt herangeschmuggelt hatte.

Badische Politik

Ein Prozeß gegen Mitglieder der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei.

t. Offenburg, 19. Nov. Heute vormittag begann unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Eggler in der hiesigen Strafkammer die Verhandlung wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik gegen 23 Personen zumeist aus Lahr, nämlich den Kaufmann Wilhelm Pfander, den Bankbeamten Hermann Stolz in Freiburg, den Kaufmann Karl Brand, den Kaufmann Otto Matich, den Kaufmann Erwin Keller in Dinglingen, Edwin Klausmann, den Bauherrn Ernst Friedrich Hoog, den Kaufmann Erich Richard Knurr, den Kaufmann Otto Ernst Huber, den Mechaniker Artur Kirn, den Stuhlfabrikanten Fritz Vokler, den Kaufmann Karl Wolf, den Preßbergolder Robert Schäfer, den Kaufmann Amandus Jell, den Registratur Johann Bedesier, den Verwaltungsassistenten Wilhelm Morath, den Kaufmann Ernst Gerhardt, den Kaufmann Karl Vinz, den Buchdrucker Willi Beck den Magazinverwalter Albrecht Jäcker in Dinglingen, den Schlossermeister Tierarzt Gräbentisch in Kirnbach.

Die Angeklagten - Gräbentisch ausgenommen - sind beschuldigt, im Jahr im Laufe des Jahres 1923 als Mitglieder der nationalsozialistischen Arbeiterpartei, die für das Gebiet Baden durch Verordnung des Ministers des Innern vom 5. Juni 1922 aufgelöst worden war, sowohl in ihrer Angehörigkeit zu dieser Partei mit ihrem Hauptstift in München als auch in ihrer Zugehörigkeit zu der von ihnen gebildeten örtlichen Vereinigung dieser Partei in Lahr an einer nach § 14 Absatz 2 des Gesetzes zum Schutze der Republik aufgelösten Vereinigung als Mitglieder beteiligt zu haben.

Stolz haben im Laufe des Jahres 1923 auf Kosten der Lahrer Parteigenossen ein Infanteriegewehr und 4 Karabiner sowie ein Seiten-gewehr erworben, diese Waffen zunächst in Lahr und von Ende September ab in Kirnbach in dem Anwesen des Gräbentisch, der davon Kenntnis hatte, heimlich aufbewahrt. Es haben somit Pfander, Stolz und Gräbentisch es unterlassen, von dem Aufwahrungsloft eines bis dahin verheimlichten Waffenlagers, das sie in Eigentum oder Gebrauche hatten, der Behörde unverzüglich Kenntnis zu geben. Die Anklage vertritt Oberstaatsanwalt Fieber.



vierte. Immer toller muß daher sein Tanzen auf den Schädel der Ermordeten werden. Immer aggressiver, verlängerter seine Geste demütiger Beiseitendruck vor Mobs Gnaden. Wieder werden die Menschenopfer, wie im Kanakulismus, religiös untermauert. Die Lage der Rechtsform beruht auf das trübsame Volk vor der Guillotine. Um singulären Rechts willen geschieht furchtbar grauenvolles Unrecht. Robespierre führt es, die Notwendigkeit einer Verantwortung stellt sich ein, er ist zu selbster Verantwortung, er erfindet „das Höchste Wesen“.

Unter den Tugend-Vindiktoren endlich ein Gelehrter. Sein Buch ist zu guter Stunde erschienen. Den Robespierre von rechts und links als Spiegel der Geschichte, der Augen hat zu lesen, lese.

München im Jahre 1925.

Unser Münchener Mitarbeiter schreibt uns: Das Jahr 1925 verspricht für München wieder ein großes Verkehrs-Jahr zu werden. Es knüpft damit an das Jahr 1922 an das mit der Bayerischen Gewerbeschau und den gleichzeitigen

angebotenen Oberammergauer Passionsspielen München in den Mittelpunkt des deutschen Fremdenverkehrs gestellt hatte. Während der Sommer, der hinter uns liegt, für München als Fremdenstadt nicht eben günstig war, erhofft man sich von dem nächsten Jahre in dieser Hinsicht Großes. Der politische Wirrwarr der letzten Jahre gerät langsam in Vergessenheit, die wirtschaftliche Krise dürfte in ihren schwersten Ausdrucksformen auch überwunden sein, und schließlich wird der ganz besonders starke Reiz der Auslandsreisen auch nicht eine Dauerwirkung auf Jahre hinaus haben. Zudem tut München alles, um Anziehungspunkt zu werden. Im Jahre 1925 wird es in den Ausstellungshallen an der Theresienwiese wieder eine Ausstellung ganz großen Stiles geben, die

Deutsche Verkehrs-Ausstellung München 1925. Daß diese Ausstellung eine Angelegenheit nicht lokalen sondern großdeutschen Interesses ist wird jedem klar, der die Bedeutung bedenkt, den der Verkehr für unser ganzes öffentliches und nationales Leben hat. So haben sich denn kürzlich zahlreiche Pressevertreter aus ganz Deutschland eingefunden, um über die Ziele und den Zweck der Verkehrs-Ausstellung unterrichtet zu werden. In Reden des Vorsitzenden des Presse-Ausschusses Schiedt, des Handelsministers Dr. v. Weinel des Staatssekretärs v. Frank und anderer offizieller Persönlichkeiten wurde der Gedanke der Ausstellung nach allen möglichen Seiten hin beleuchtet. Der große Grundgedanke ist: einen Ueberblick über alle Arten des deutschen Verkehrs zu bieten: Verkehr auf und über der Erde Verkehr im Wasser. Herr v. Weinel wies mit Recht darauf hin, daß Deutschland als Herz Europas auch das Herz des mitteleuropäischen Verkehrs ist und seine Stellung in Verkehrs-dinamiken behaupten bzw. wiederherstellen muß.

Ueber die Einteilung und große Organisation der Ausstellung selbst äußerte sich Regierungsrat

Gozka, der Geschäftsführer der Ausstellung. Die große Halle 1 und der Ausstellungs-Bahnhof sind für die Fachgruppe „Bahnverkehr“ bestimmt. Ein kleiner Modell wird den gesamten Eisenbahnbetrieb veranschaulichen. So (im Größerverhältnis 1:33) den Personenbahnhof einer Kopfsowie einer Durchgangsstation, ferner einen Güterbahnhof, einen Rangierbahnhof und eine Hafen-Station. Und zwar im Betriebe mit allen technischen Einrichtungen. Die Eingangsbauwerke dieses gewaltigen Modells erfolgt auf elektrischem Wege durch Fernbedienung. In den Seitengängen der großen Halle werden alle Nebenwerke, Gegenstände und Ausstattungsgegenstände für den Bahnbetrieb ausgestellt, so Signale, Werkstätten und Wofflabrucheinrichtungen. Der Ausstellungsbahnhof wird die Gleisanlagen veranschaulichen. Es werden 3800 Meter Rollspur- und 500 Meter Schmalspurgleise gelegt werden. Hier gelangen die neuesten Lokomotiv-Modelle in Natura zur Ausstellung. Daneben auch Triebwagen, die wir auf Grund des Verfallers Papiers an ausländische Staaten abgeben müssen. Halle 2 dient der Seefahrt. Wie in Halle 1 ein Eisenbahn-Modell, so werden Modelle der Schiffe hier im Mittelpunkt der Ausstellung und wohl des Interesses stehen. Die Graadung bilden graphische und fotografische Darstellungen und die in Natura gezeigten im Rahmen einer Ausstellung möglichen Einzelteile. Die nächsten beiden (kleineren) Hallen 3 und 4 enthalten Binnenschifffahrt und Kanalverkehr, dieser eingeteilt in die Hauptgebiete der deutschen Haupt-Ströme, sowie die Technik des mündlichen und schriftlichen Verkehrs überhaupt. So Post, Telegraph, Telefon und nicht zuletzt das Radio. Dem Landverkehr ist Halle 5 vorbehalten; der Verkehr in Land und Stadt; Straßenanlagen etc. Dann Verkehrsmittel wie Auto, Trambahn etc. Eine eigene Luft-Verkehrs-Halle

wird errichtet werden in der die Flugzeugstypen zur Ausstellung gelangen.

Antraktive Film-Vorführungen werden in üblicher Weise das Ausstellungs-Programm ergänzen. Eine eigene Ausstellungs-Bücherei, wie bei der „Gewerbeschau“ soll nicht nur der Propaganda dienen - sie wird auch Ausstellungsmittel sein, da ihre Herstellung vorgeführt werden soll. Außerdem ist geplant, eine kleine „Ausstellungsbahn“ zu errichten.

Diese Ausstellung ist größten Interesses gewis. Das Verkehrsproblem betrifft jeden einzelnen und das Interesse etwa am Eisenbahnenwesen das sich ja schon im kindlichen Spiele kundtut pflegt im Laufe des Lebens nicht geringer zu werden.

Aber - die Verkehrs-Ausstellung ist ja nicht das Einzige, das die Besucher unserer Stadt im nächsten Jahre erwartet. Ebenso bedeutsam ist

die Eröffnung des Deutschen Museums.

Sie findet ganz bestimmt im Mai 1925 statt, da die Arbeiten nun schon so weit vorgeschritten sind, daß mit einer Fertigstellung des Baues im November gerechnet werden darf. In der letzten Vorstandssitzung gab Geh. Rat Dr. v. Miller bekannt, daß nur das zweite und dritte Obergeschos noch nicht ganz fertig seien. Man beachte für diese Arbeiten noch 375 000 Mark, von denen nur 56 000 noch vorhanden, 150 000 von Bayern zugesichert seien. Wenn sowohl Bayern wie auch das Reich nochmals je 50 000 Mark schicke, so habe nur ein Rest von rund 270 000 Mark, der von den beteiligten Industrie-treibern aufgebracht werden sollte. Der Betrieb des Museums werde jährlich 100 000 Mark erfordern, von denen 20 000 aus öffentlichen Mitteln aufgebracht werden müßten. Das Reich hat ja in seinem Etat bereits die nötigen Gelder bereit gestellt.

Richard Nisch.

Zum Konzert am Freitag, 21. Nov. abends 8 Uhr

Presse-Stimmen

über den Don-Kosaken-Chor.

Münchener Neueste Nachrichten:

Das ist etwas Phänomenales: aber auch die Zartheit des Ausdrucks und des Klanges in den nie aufdringlich wirkenden Tenören ist fast unbeschreiblich.

Der Don-Kosaken-Chor ist nochmals zu zwei Konzerten nach München gekommen und Tausende strömten wieder dazu.

Allgemeine Zeitung: Ein Ereignis im musikalischen Erleben, ein Zusammenklang von ungewöhnlicher Kraft, Schönheit und Disziplin.

Schweizer Express (Bern): Das Don-Kosaken-Konzert in der Tonhalle war ausverkauft. Während des ganzen Konzertes bewahrten sie eiserner Disziplin.

In allen Städten als Ereignis geschildert. Karten zu 4, 3, 2 und 1.50 Mark in der Musikalienhandlung Kaiser, Ecke Waldstraße, Fritz Müller.

Damenhüte

außergewöhnlich billig.

Table with 4 columns: Serie (I, II, III, IV) and 4 rows of hat types and prices (Eleg. garn. Damenhüte, Ungarn. Filzhüte, Garnierte Filzhüte, Weiße Filzhüte, Cylinder-Hüte, Velour-Hüte).

TIETZ

Künstlerhaus Restaurant Heute Konzert.

Gesichts-ausschlag

Wiesel, Wiesel, Wiesel... verschwinden meist sehr schnell, wenn man den Schaum von Zucker's Patent-Kosmetik-Schnee eintrüben läßt.

Schiedmayer-Pianofabrik H. Maurer

Strick - Stick - Häkel Wollgarne

schwarz, leder, beige, grau in ca. 250 Farben. 100 gr von 1.00 an

Seidenwolle Marke Goldschaf schwarz, grau, leder, beige 100gr 2.80

Strumpf-Vieser

Größtes Garnhaus am Platze! Kaiserstraße 153 Telefon 740 Den ganzen Tag geöffnet.

Gasthaus „Zu den drei Kronen“ heute Donnerstag Schlachttag mit den bekanntesten Schlachtplatten.

prima Mostäpfel neuer Ernte garantiert rein. Gramophone und Platten. Pianohaus G. Kunz.

Honig neuer Ernte garantiert rein. 1 Pfund netto Mk. 10.40. Wilh. Wordemann.

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN Atlantischen Inseln Spanien und Portugal. Erholungsreise mit Doppelschrauben-Passagierdampfer.

Palast-Lichtspiele Die Nibelungen 2. Teil: Kriemhilds Rache. Beginn der letzten Vorstellung abends 8.40 Uhr.

Detektiv-Institut ARGUS Karlsruhe i. B. Beobachtungen, Ermittlungen, verlässliche Auskunft.

COLOSSEUM Heute abend 8 Uhr Jetzt wird'n Ding gedreht!

Eintracht Montag, den 24. November, abends 8 Uhr 2. Kammermusikabend des Voigt-Quartetts.

BADISCHES TRIO Fritz Müller Badisches Landestheater. Die Rose vom Liebesarten.

KARL DÜRR, Holz- und Kohlenhandlung, Degenfelds. 13, Telefon Nr. 499

... und weiter geht das Leben.

Roman von Fr. Fehne. Überwiegend durch Stuttgarter Romanzentrale & Adermann, Stuttgart. Aber wenn der Dufel anderen Sinnes würde? Auf etwas Unbestimmtes ließ sich Hero keinesfalls ein.

und rücksichtslos. Verzeihe die Störung; ich wollte dich nicht wecken. Die Schwestern schauten sich in die Augen. Warum hatten die schönen, sanften, braunen Augen Johannas einen so ernsten, traurigen Blick?

„Gern, Liesel, ich komme gleich mit dir — warte einen Augenblick!“ Johanna zog ihr Wolltäschchen über und folgte der Liesel, die eilig die Treppe hinauffrang.

„Das ist ja gut, Frau Zeller! Ich werde Frau Zeller bitten, ihn heraufzuschicken!“ Es dauerte nicht zehn Minuten und der Geruchene kam. Bei Johannas Anblick lachte er.

(Fortsetzung folgt.)

Aus dem Stadtkreis

Winter-Sonderzüge.

Am Dienstag fand bei der Reichsbahndirektion Berlin eine vorläufige Besprechung mit Vertretern der Sportverbände wegen Ausführung von Winter-Sonderzügen statt. Die Reichsbahndirektion Karlsruhe war durch Regierungsrat Hoffert, der Badische Verkehrsverband durch Syndikus Rieger vertreten. Als Ergebnis der Besprechung darf die Ausführung eines Sonderzuges ab Berlin nach dem Schwarzwald zu Beginn der Weihnachtsferien am Samstag 20. Dezember bei genügender Beteiligung als gesichert gelten. Die Durchführung im Einzelnen ist ähnlich der für Sommer-Sonderzüge gedacht. Zugang zu dem Sonderzug ist auch an den größeren Unterwegstationen wie Halle, Leipzig, Frankfurt, vorgegeben. Die Reisenden sind nur für den Hinweg an die Benutzung des Sonderzuges gebunden, die Rückfahrt kann innerhalb zwei Monaten mit den fahrplanmäßigen Zügen, Schnellzüge gegen Schnellzugzuschlag erfolgen. Die Ermäßigung gegenüber dem normalen Fahrpreis beträgt 33 1/2 Prozent.

Seitens des Badischen Verkehrsverbandes ist besonderer Wert darauf gelegt worden, mit den in Aussicht genommenen Sonderzügen nicht nur den Winter-Sonderverkehr, sondern auch den Erholungs- und Besichtigungsverkehr nach den Winterkurorten zu erleichtern und zu fördern. Aus diesem Grunde und der längeren Bahnfahrt wegen, wurde abweichend von den Sportsonderzügen nach dem Herz usw. die Beistellung der 2. Klasse neben der 3. Klasse gewünscht.

Die Züge sollen ferner nicht Winter-Sonderzüge, sondern Winter-Sonderzüge genannt werden, damit das Interesse für diese Züge sich nicht nur auf Winter-Sonderverkehr beschränkt, sondern sich auch auf Erholungs- und Besichtigungsreisen ausdehnt. Diesen Vorschlägen wurde zugestimmt. Bei Zustandekommen des ersten Sonderzuges ist eine Wiederholung Ende Januar in Aussicht genommen. Mit den Reichsbahndirektionen Frankfurt, Mainz und Köln wird wegen Führung eines ähnlichen Sonderzuges aus dem Rheinland in Verbindung getreten werden.

Zur Aufwertung der Sparkassenguthaben.

Nach § 7 Absatz 1 der III. Steuernverordnung sind Guthaben bei öffentlichen Sparkassen, für welche der Anspruch auf Aufwertung erhoben wird, bis zum 31. Dezember 1924 bei der Sparkasse, gegen welche die Forderung sich richtet, anzumelden. Gestützt auf eine diesbezügliche Erklärung des Herrn Reichsjustizministers und auf ein gleiches Vorgehen verschiedener Länder hat der Minister des Innern sein Einverständnis damit erklärt, daß die Sparrer von der Anmeldepflicht ihrer Guthaben seitens der Sparkasse entbunden werden können. Durch eine entsprechende amtliche Publikation kann jede Sparkasse in Baden die Guthaben der Spargeldbesitzer als angemeldet erklären. Natürlich bleibt es den Spargeldbesitzern unbenommen, durch eine besondere Willenserklärung der Sparkasse gegenüber einen Verzicht auf eine Aufwertung auszusprechen. Derselben Gläubiger, welche an eine Sparkasse auf Grund des § 7 Absatz 3 Ziffer 1 der III. Steuernverordnung Anspruch auf bevorrechtigte Befriedigung erheben, sind jedoch verpflichtet, ihren Anspruch besonders anzumelden. Es sind dies die Inhaber von Guthaben, die auf Grund gesetzlicher Zwangs zur mündelsicheren Anlage bei der Sparkasse begründet worden sind; dem gesetzlichen Zwang steht der Zwang durch die Vorschriften der Sparkassen-Einkaufs- und sonstigen Verfassung einer inländischen Personenvereinsart, Körperschaft oder Vermögensmasse gleich, sofern sie ausschließlich gemeinnützigen, mildtätigen, erbschaftlichen oder religiösen Zwecken dienen.

Wilde Auskunftsstellen für die Seefahrt.

Der V. vom Verband Deutscher Reederei in Hamburg sind verschiedene Fälle festgestellt worden, in denen durch Anzeigen von Auskunftsstellen junge Leute veranlaßt wurden, sich um Anstellung auf Seefahrtsstellen zu bewerben. In der Regel handelt es sich bei solchen Auskunftsstellen um Firmen, die lediglich für die Ueberführung einer gedruckten Auskunftsliste nicht überhebliche Auskunftsgebühren einziehen wollen. Der Verband Deutscher Reederei weist darauf hin, daß Auskunftsstellen über die Auskunftsliste auf deutschen Seefahrtsauskunftsstellen zu finden, nur bei den unter der Aufsicht des Deutschen Seefahrtsauskunftsstellen stehenden paritätischen Seereisereisen in den Hafenorten zu erhalten ist.

Die Wählerliste für die Reichstagswahl

liegt bis einsch. Sonntag, den 23. November, zu jedermanns Einsicht aus, im Konsertsaal (Kleiner Saal) von 9-7 Uhr, Sonntags von 10-12 Uhr. Wer seine Postkarte über keine Aufnahme in die Liste erhalten hat, aber wahlfähig ist (Minderalter am 7. Dez. 20 Jahre), stellt nicht in der Liste, muß also keine Aufnahme beantragen, andernfalls kann er sein Wahlrecht nicht ausüben. Es liegt im eigenen Interesse solcher Wahlberechtigten, daß sie sich unverzüglich schriftlich oder mündlich bei der oben genannten Stelle zur Wählerliste anmelden. Wer erst in den letzten Tagen kommt, muß damit rechnen, daß er warten muß. Nach Ablauf der Auskunftsfrist dürfen Aufnahmen nur noch in Ausnahmefällen erfolgen. Beschwerden können ebenfalls nur bis 23. November berücksichtigt werden.

Landestheater. Infolge Erkrankung von Theodor Deuler findet heute Donnerstag anstelle Pigners „Die Rose vom Liebesgarten“ eine Aufführung von Korkings „Udine“ in der bekannten Besetzung statt. Beginn der Vorstellung halb sieben Uhr.

Da die obige Mitteilung des Landestheaters erst kurz vor Redaktionsschluss eintraf, konnte die im Anzeigenteil befindliche Anzeige nicht mehr geändert werden.

Bilder in unserem Schaufenster (Mitterstr. 1): Marineta und „Amazone“-Feier im Invalidenpark in Berlin. — Zum Totensonntag. — Zum Ministerwechsel in England. — Die hauptsächlichsten Vertreter der Kommission für die Reparationszahlungen. — Zur Klein- und Sportflugzeugschau in Adlershof bei Berlin. — Zum Damenhockey-Turnier zwischen Berliner Sport-Club und Sport-Club Brandenburg. — Die Ueberschwemmungs-Katastrophe in Köln. — Das Blindraffschiff „Budau“ im Rieker Hafen. — Trocken-Ski-Unterricht in der Turnhalle. — Der Boxkampf P. Samson-Körner gegen G. Coof. — Unterricht im Fechten für Damen.

Die Militärkontrollkommission in Karlsruhe. Von Stuttgart kommend, traf gestern morgen die Militärkontrollkommission, bestehend aus einem englischen, einem französischen Offizier und einem Major der Reichswehr als Verbindungs-offizier, zu unangelegtem Besuch der Karlsruher Betriebe ein. Dem Besuch der Eitlinger Präzisionswerke folgte eine längere Besichtigung der Maschinenbaugesellschaft. Bei beiden Besuchen fand die Kommission keinerlei Gründe zu Beanstandungen.

Zusammenbruch der Stromabnehmer. Im Interesse eines einheitlichen Stromabnehmervertrages für Großabnehmer mit dem Badenwerk haben sich die hauptsächlichsten Elektrizitätsabnehmer des Handelskammerbezirks Karlsruhe u. a. zusammengeschlossen. Dienstag, den 18. ds. Mts., nachmittags, fanden bereits die ersten Verhandlungen der eingeleiteten Kommission statt. Dieses im Interesse aller Elektrizitätsabnehmer liegende gemeinsame Vorgehen wurde veranlaßt durch den Landesverband Baden-Rheinpfalz des Reichsverbandes der Elektrizitätsabnehmer Karlsruhe, bezw. durch dessen Mitglieder. Wie wir weiter erfahren, ist ein zwangsmäßiger Zusammenschluß von Elektrizitätsabnehmern in Bayern schon mit Genehmigung der bayerischen Regierung in einem Bezirk durchgeführt.

Hausfluchtungen. Es besteht vielfach bei der Landbevölkerung die Ansicht, daß Hausfluchtungen wieder von der Fließsteuer befreit seien, wie dies in der Zeit vom 15. November 1923 bis 15. Februar 1924 der Fall war. Das trifft jedoch nicht zu. Die Hausfluchtungen sind nach wie vor zur Versteuerung anzumelden. Zuwiderhandelnde, die eine steuerlich nicht angemeldete Schächtung vornehmen, haben empfindliche Strafen zu gewärtigen.

Die Bismarck. In einer Notiz, die kürzlich in einem Blatt der Tauberregion erschienen ist, wird auf das Auftreten der Bismarck in der Tauber mit dem Bemerken aufmerksam gemacht, daß dieser gefährliche Fischräuber bereits in unseren Gewässern heimisch geworden ist. Die sofort angeordneten Erhebungen haben nicht mit

Sicherheit ergeben, daß es sich bei dem einen beobachteten Tier um eine Bismarck handelte; höchst wahrscheinlich war es eine große Wasser-ratte. Es gibt ein sicheres Merkmal zur Unterscheidung der Bismarck von der Wasser-ratte, nämlich den Schwanz, der bei der Bismarck seitlich und messerartig aufeinandergebrückt, bei der Wasser-ratte dagegen rund ist. Die Bekämpfung der Bismarck ist bereits durch Verordnung vom 16. April 1919 (S. u. B. I. S. 297) angeordnet, deren § 2 die Verpflichtung zur Anzeige an das zuständige Bezirksamt vorseht, falls das Vorkommen dieses Tieres festgestellt wird.

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 37 hat folgenden Inhalt: Reichsgesetz über eine Änderung des Ausführungsgesetzes zum Landsteuergesetz (Steuerverteilungsgesetz). Verordnungen: des Staatsministeriums: über die Änderung der Verordnung über das Dienstalter der Richter der ordentlichen Gerichte und des Verwaltungsgerichtshofes sowie der Bestimmungen des Staatsanwaltschafts; über den Verwaltungsrat der Gebäudeversicherungsanstalt; des Justizministers: über Aufhebung der Zustellungsverordnung.

Veranstaltungen.

Lehrerabend Vorlesung. kommenden Samstag abends 8 Uhr (nicht im Vereinshaus, Mitterstr. 28, der in meinen Kreisen bekannte Dr. med. Karl Seher über ein sehr zeitgemäßes Thema. Er wird eingehen auf die §§ 215 und 219 und von ärztlichem Standpunkt aus ein Wort zum Schutze für die Ungeborenen einlegen. Dr. Seher ist ein ausgescheidener Redner, dem die hohe lebendige, volkstümliche Darstellungsweise beson-ders in der einfachen Mann aus dem Bocke dem Vortragenden selbst bei der Vorbereitung rein wissenschaftlicher Probleme zu folgen vermag.

Tausendbedi Vorlesung. Man schreibt uns: Am Freitag, 21. November, wird abends 8 Uhr im Entschlo-ssene die kleine Bedi Vorlesung zum zweiten Male in ihrer Reichhaltigkeit öffentlich stattfinden. Die Bedi Tausendbedi wird großes Interesse erwecken, be-sonders von der Jugend. Die kleine Bedi ist aber auch wirklich erkauflich in ihren Leistungen. Karten sind bei Kurt Reufeldt, Badstr. 39, eine Treppe hoch er-haltlich.

Standesbuchauszüge.

Sterbefall. 18. Nov.: Auguste Beckers, alt 67 Jahre, Witwe von Wilhelm Beckers, Kassendirektor.

Aus Baden

Landstraßengabe.

Karlsruhe, 19. Nov. Unterm 12. November ist von der Forstabteilung des Finanzministeriums folgende Anweisung an sämtliche Forstämter er-gangen: Mit Rücksicht auf den derzeitigen Not-stand der Landwirtschaft werden die Forstämter mit Zustimmung des Herrn Finanz-ministers bis auf weiteres ermächtigt, den Ge-meinden zur Abgabe an minderbemittelte Land-wirte in eigener Zuständigkeit Rechte aus Bes-tänden zur Verfügung zu stellen, soweit Wes-tung und Unkrautfreiheit nicht ausreicht. An die Ueber-weisung sollen keine Bedingungen über die Ab-gabe an den einzelnen Landwirt, ob entgeltlich oder unentgeltlich und über die Anlage eines etwaigen Erbsisses geknüpft werden. Das vor-geschriebene Verfahren (Gemeindebeschluss, Staatsgenehmigung) bleibt bis auf den Weg-fall der Vorlage an die Forstabteilung unver-ändert. Die Anrechnung auf den Diebstahl fin-det weiterhin statt.

tu. Ubstadt bei Bruchsal, 19. Nov. Durch Feuer ist ein Teil des Anwesens des Wälder-meisters Schorpp eingestürzt worden. Die Brandursache ist unbekannt.

tu. Baiertal b. Wiesloch, 19. Nov. Als sich der Arbeiter Franz Mann mit einem Sprengkör-per zu schaffen machte, explodierte dieser und verletzte ihn an der rechten Hand so schwer, daß diese abgenommen werden mußte.

da. Elsenz, 19. Nov. Wegen Mafers mußte die gesamte hiesige Schule geschlossen wer-den.

da. Horzheim, 19. Nov. Der Stadtrat hat an die bad. Regierung eine Entschädigung gerichtet, in der gebeten wird, die badische Re-gierung möge bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck darauf hinwirken, daß den unteren Gehaltsgruppen der Beamtenchaft eine neue Lebensnotwendigkeiten angemessen Rechnung tragende Aufbesserung zuteil werde.

da. Rahr, 19. Nov. Zu einem eigenarti-gen Mittel, sich vor der drohenden Zwangs-vermietung zu bewahren, griff heute vormittag der hiesige Landwirt Daniel Steier. Kurz bevor der ihm zugewiesene Mieter mit seiner Familie einzuziehen wollte demolierte der Haus-besitzer mit einer Art nicht nur Wände und Decken der Wohnung, sondern schlug auch noch einen dicken Balken vollständig hinaus. B. wurde festgenommen.

da. Neumühl, Amt Rehl, 19. Nov. Wie gemeldet wird, soll der künftige gemordete Steuer-einnehmer Rapp von hier in Offenburg ver-haftet worden sein.

tu. Freiburg, 19. Nov. Ueber den Betrieb des Stadttheaters in der Spielzeit 1925 bis 1926 hat der Stadtrat dem Bürgerausschuß eine Vorlage zugehen lassen, wonach der Voranschlag für das genannte Theaterjahr an Aus-gaben 1.160.000 Mark und an Einnahmen 685.000 Mark vorliegt, so daß ein künftlicher Zuschuß von 465.000 Mark, also nahezu einer halben Million notwendig ist.

Ueber die „Gesetzliche Miete“.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Bezüglich der „Gesetzlichen Miete“, wie sie mit Wirkung vom 1. März d. J. durch die Befann-machung des Oberbürgermeisters vom 19. März d. J. im Tagblatt bestimmt wird, herrschen auch heute noch recht verschiedene Auffassungen, welche zu Uneinigigkeiten und Beschwerden führen und nun die Tätigkeit des Mietenein-gangsamens vielfach in Anspannung nehmen. Es soll daher diese seitige Mietfrage sine ira et studio im folgenden einmal eingehend erörtert und hoffentlich dadurch einer Klärung entgegen-geführt werden.

1. Als Grundlage für den Aufbau der jetzigen Miete war die Friedensmiete vom 1. Juli 1914 bestimmt worden in Hundertstücken, welche für jeden Monat in Goldmark bekannt gegeben wurden. Die Mieten der Vorkriegszeit waren aber keineswegs gleich hoch, an einem bestimmten Maßstab gemessen, vielfach sogar — ausge-probete Geschäftshäuser, Herrschaftshäuser und Villen natürlich ausgenommen — besonders nie-der in Häusern des wohlhabenden Mittelstandes, wobei mehr daran gelegen war, Mieter auf längere Dauer — 20 und mehrjährige Miete waren keine Seltenheit — in einem gewissen Freundlichkeitsverhältnis sich zu wahren bei gleichzeitigen Beiträgen, das Haus richtig un-terhalten. In eigentlichen Mietshäusern, deren Besitzer mehr auf realistischen Gewinn als auf gutes Einvernehmen mit den Mietern sahen und einen öfteren Mieterwechsel nicht schwer nahmen, beziffernten sich die Mieten weit höher.

Es wird wohl stimmen, daß der Durchschnitt der Miethöhe für nach Größe und Lage ähnliche Wohnungen, ja für das ganze Haus, vor dem Kriege niedriger war als 6 Prozent des da-maligen, jedenfalls aber wesentlich niedriger als 6 Prozent des jetzigen, durchgängig erhöhten Haussteuerwertes. Die erwähnten, gewiß recht zahlreichen Hausbesitzer des Mittelstandes, tonnen durch die zwangsmäßige Festsetzung der Juli-miete 1914 als Grundlage für die jetzige Miete sehr in Nachteil, ja in schlimme Verhält-nisse, wenn ihr früheres Vermögen nicht mehr vorhanden ist. Ihre Mieter bestehen aber von sich aus oder unter Betrieben begüterter guter Freunde rückfahrlös u. uneingedenk des frühe-ren wohlwollenden Mietverhältnisses, auf Fest-legung der neuen Miete nach der vom 1. Juli 1914, trotz der jetzigen ganz anderen Verhält-nisse. Andererseits werden die früher hoch-geschraubten Mieten nun als gut und gerecht be-trachtet zum Nutzen rückfahrlöser Hausbesitzer. Diese Ungleichheit der Mieten in den einzelnen Hausbesitzergruppen hat vielfach Streitigkeiten und Beschwerden hervorgerufen, welche durch die Wahl einer feilen, einheitlichen Grund-lage hätten vermieden werden können, wie sie ein Anschluß an die neuesten Haussteuerwerte, die ja listenmäßig verzeichnet sind, bieten konnte.

2. Die Mieten vom Juli 1914 und die heutigen sind, was sehr wichtig ist für die Gegenüberstel-lung, keineswegs gleichwertige Zah-le ng r ö ß e n. In der Vorkriegszeit bezahlte be-sammllich jeder, Mieter wie Hausbesitzer, seine Steuern und Abgaben für Staat, Stadt, Kreis und Kirche, wie die vielen Gebühren für Straßenkehren usw. selbst mit allen damit ver-bundenen Unannehmlichkeiten und Zeitverlusten. In der neuen Miete sind aber alle Steuern usw. (einzeln, wie Einkommen-, Gewerbesteuer ein-genommen) enthalten und müssen durch den Hausbesitzer vorausbezahlt werden mit An-drohung von hohen Zuschlägen, ja Pfändung bei Unpünktlichkeit in der Zahlung. Der Haus-besitzer ist ein billiger Steuer- und Abgab-erheber für alle genannten Behörden geworden. Die in der Miete nun enthaltenen Steuern und Abgaben auch der Mieter, werden dem Besitzer nachherhand durch Entrichtung der Miete rück-erlegt.

Ein richtiger Vergleich der Mieten von da-mals und jetzt wird hiernach nur möglich sein, wenn ein Zuschlag für Steuern und Abgaben und Gebühren zur Juli-miete 1914 erfolgt ist. Diesen Zuschlag in gerechter und erspöndlicher Weise zu bestimmen, ist sehr schwer. In der an-gegangenen Befanntmachung vom 19. März 1924 ist aber ein anderer Weg noch angegeben (emp-fohlen), um bei Unsicherheit doch eine gütliche „Gesetzliche Miete“ bekommen zu können. Es heißt dort: Für den Fall, daß die Friedens-miete offenbar unbillig war oder ihre Höhe zweifelhaft ist, kann als Friedensmiete die um 1/2 ex-höhte Grundmiete, d. h. 6 Prozent aus dem Steuerwert des Hauses angenommen werden.“ Es wäre sehr zu begrüßen gewesen, wenn diese Grundlage für die Mietbildung als einzige von vornherein festgelegt worden wäre; denn alle genannten Steuern, Abgaben und Gebühren werden zurzeit nach dem Haussteuerwert berech-net. Die Haussteuerwerte sind aber alle nach dem neuesten Stand aufgeschätzt, daher jeder-zeit erhältlich. Durch eine solche Festlegung der Mietfrage wären alle Unnützlichkeiten und Un-zuträglichkeiten von vornherein abgechatten gewesen. Es bleibt zu wünschen, daß in Streit-fällen — gleichzeitig eine Gewährleistung für das Mieteneingangsamt — künftighin einfach 6 Prozent vom Haussteuerwert als Miete für ein ganzes Haus festgelegt wird; die Abzahlung der Mieten im Haus selbst ist den meist schon gegebenen Verhältnissen anzupassen.

3. Beunruhigend muß es auf Hausbesitzer und Mieter wirken, wenn öffentliche Unrichtig-keiten sich in einzelnen Zeitungsausschnitten ein-getreten finden. So fand in einem Aufsatz des Mietervereins im Tagblatt vom 21. Oktober 1924 — bis jetzt leider unwiderrufen — der Satz: „Sie (die Hausbesitzer nämlich) haben aber doch ihre Werte in den Häusern erhalten und bekommen aus 65 Prozent des Steuerwertes fünf Prozent Verwaltungskosten —“

Bei einem Steuerwert von 50.000 M. würde der Hausbesitzer demnach jährlich 50.000 × 0,65 × 0,05 = 1.625 M. an Verwaltungskosten einneh-men, während er tatsächlich nur 6 Prozent von dieser Summe erhält, d. h. 3.000 M. fürs ganze Jahr oder 8,12 M. für den Monat. Dafür darf er aber Monat für Monat als Steuer- und Abgaben-Erheber der Behörden zur Voraus-zahlung seiner wie seiner Mieter Steuern und Abgaben an allen bezüglichen Kassenschal-tern Reihe stehen und seine Zeit vergeuden. Er muß davon leben und sich kleiden, wenn er sein Vermögen mehr hat und sonstige Einnahmen fehlen. Sehr viele Mieter sind aber nach obiger Belehrung der Ansicht, daß alle Hausbesitzer eine, wenn auch nicht glänzende, so doch eine aus-schmückende Entschädigung für ihre Hausverwaltung erhalten, während sie sich in großer Zahl tatsächlich, um einen Ausbruch jenes Aufsatzes zu gebrauchen, kaum satt essen können. Am Schluß findet sich dort der Satz: „Angenehm ist es, wenn der Hausbesitzer die ihm auferlegten Lasten auf die Mieter abwälzen will.“ Wie aber schon wech-sel oben bemerkt, haben die Behörden dem Hausbesitzer auferlegt, auch die schon sehr hoch gefügten alten, neuen und neuesten Steuern, Abgaben und Gebühren (Straßenkehren, Müll-abfuhr, Kanalgebühr, Grubenentleerung und Wasserzins) der Mieter vorauszu bezahlen. Dies Geld muß er doch nachherhand durch Ein-zug der Miete wieder zurückerhalten. Diese Lasten, welche ganz und gar nicht vom Willen der Hausbesitzer abhängen, werden nach dem ver-lorbenen Krieg noch lange hoch bleiben; doch wer-den die Hausbesitzer nicht zuletzt es freudig be-grüßen, wenn wie in der Vorkriegszeit Haus-besitzer und Mieter ihre Steuern, Abgaben und Gebühren wieder selbst entrichten dürfen.

Auch durch einen solchen, leicht hingeworfenen Satz über die Steuerabwälzung können die Ge-mieter beunruhigt werden und dies sollte in un-serer an sich schon traurigen Zeit künftighin unterbleiben.

Ist dies **Schlindk** und das **darauf: Kauf!**



Der Freiburger Hochverratsprozeß.

Die Sprengstoffdiebstähle in Zell.

Freiburg, 19. Nov. Die heutige Verhandlung beginnt 9 1/2 Uhr vormittags. Sie betrifft die Klarlegung der Sprengstoffdiebstähle in Zell. Im Oktober 1923 sind auf Befehl der kommunistischen Kampfleitung mehrere Sprengstofflager geplündert worden.

Angeklagter Rümmele stellt in Abrede, hierzu aufgefordert, oder auch nur Kenntnis davon gehabt zu haben.

Angeklagter Weisenberger-Zell, früher bei der Firma Benzinger in Zell beschäftigt, ist zwar nicht eingeschriebener Kommunist, bekennt sich aber zur kommunistischen Idee. Er wurde am 20. Oktober 1923 von dem Angeklagten Greter aufgefordert, ihm das Sprengstofflager der Firma Benzinger zu zeigen, was er auch getan habe, will aber dabei von der Absicht Greter's, Sprengstoff zu fohlen, keine Ahnung gehabt haben.

Angeklagter Rümmele bekennt energisch, zwecks Ausplünderung des Benzingerschen Sprengstofflagers sich die Pläne von Greter geholt zu haben.

Angeklagter Scheffel bestätigt seine vor dem Untersuchungsrichter gemachten Angaben. Danach waren Rümmele, Greter, Scheffel und einige andere über die Art der Ausführung des Sprengstoffdiebstahls einig gewesen. Greter war Führer und hat im Einvernehmen mit Rümmele

Fünf Mann zur Ausführung des Diebstahls

sich ausbedungen, unter denen sich der Angeklagte Scheffel und der Italiener Marvi befand. Der Angeklagte Marvi ist schon 20 Jahre in Zell, kann aber weder lesen noch schreiben. Er wurde am Abend des 20. 10. 23 von Greter zur Mithilfe beim Sprengstoffdiebstahl aus seiner Wohnung zu Rümmele geholt, dort hat, nach dem Wortlaut seiner ersten Aussage, Rümmele erklärt, jetzt gäbe es einen Generalstreik und dafür bräuchten sie Pulver, um auch gegen die Scharp gerüstet zu sein. Rümmele hätte ihm einen Bund Dietrich und eine Taschenlampe übergeben.

Rümmele bekennt, den Marvi an diesem Abend überhaupt gesehen zu haben. Der Widerspruch wird dahin aufgeklärt, daß Greter den Bund Dietrich und die Taschenlampe mitgebracht und auf den Tisch bei Rümmele absetzt hat, von wo er sie beim Weggang mitgenommen habe.

Angeklagter Kohlbrenner aus Zell hat mit Greter, Marvi und Scheffel ebenfalls am Pulverdiebstahl teilgenommen, will aber seine Teilnahme dadurch entschuldigen, daß er nur deshalb mitgemacht habe, um bei seinen Kollegen nicht in den Verdacht eines Angstreimers zu kommen.

Der Angeklagte Ludwig Heß, Unterlehrer aus Zell, wohnt mit Rümmele auf dem gleichen Hausflur in Zell und soll dem Diebstahlskommandeur Greter seinen Revolver zur Verfügung gestellt haben. Heß ist erst seit kurzer Zeit Kommunist und will Greter seinen Revolver nur zum Selbstschutz gegen etwaige faschistische Überfälle gegeben haben. Jedenfalls habe er von dem geplanten Sprengstoffdiebstahl bei Benzinger nichts gewußt.

Ueber den Diebstahl selbst machte der Angeklagte Scheffel folgende Angaben: Greter als Führer sollte die erste Parade mit Dietrich öffnen. Er hielt, als ihm dies nicht gelang, ein Brett ein. Scheffel stieg ein und

reichte eine Kiste mit 42 Sprengkapseln

heraus. Die zweite Parade wurde mit Dietrich geöffnet. Auch hier wurde kein Pulver gefunden. Marvi und Kohlbrenner sind während dieser Zeit Wache geblieben. Die Sprengkapseln wurden dann mit nach Zell genommen und bei Rümmele abgeliefert, die er Kohlbrenner zur Aufbewahrung gab mit dem Bemerkten, daß die Kapseln bei ihm sicher seien. Rümmele gibt dies zu, jedoch will sich Kohlbrenner durch die damalige Postlage der Arbeiterkassette im Hinblick auf die schon häufig erwähnte vorliegende Faschistenoffensive für entschuldigend halten. Der Angeklagte Heß soll nach dem Diebstahl von Greter den Revolver wieder zurückerhalten haben um ihn später wieder zu verlangen. Heß bekennt, etwas vom Diebstahl nach seiner Ausführung gehört zu haben.

Affessor Holland, der ihn zuerst vernommen habe, habe ihn bei seiner Vernehmung in unwürdiger Weise behandelt. Dies wird auch von einigen anderen Angeklagten behauptet. Einer der Angeklagten laute aus: Holland hätte sich geäußert, die Kommunisten seien die größten Wildhäute.

Holland soll hierzu in den nächsten Tagen als Zeuge vernommen werden.

Nunmehr wird zur Aufklärung des Diebstahls im Sprengstofflager des Kaufmanns Haller in Zell

geschritten. Auch dieser Diebstahl soll von Rümmele angezettelt und unter Mitwirkung von Greter, Kohlbrenner, Heß und Marvi vor sich gegangen sein. Dieser Diebstahl kam aber nicht zur Ausführung, da die Türen nicht geöffnet werden konnten. Rümmele bekennt seine Teilnahme nicht, denn die Sprengstoffdiebstähle

seien nicht als solche beabsichtigt gewesen, sondern man wollte nach tatsächlichen Maßnahmen gehen.

Der Angeklagte Scheffel will ebenfalls von den Diebstählen nichts gewußt haben, bequeme sich aber schließlich doch dazu, seine Mitwirkung anzugeben.

Während es sich bei der zuletzt behandelten Angelegenheit vom Pulverhaus Haller um einen verurteilten Einbruchdiebstahl handelte, dreht es sich bei dem nächsten Verhandlungssgegenstand um einen vollendeten Einbruchdiebstahl in einem Schuppen des Kaufmanns Kiefer in Zell, der am 21. Oktober 1923 bei Nacht ausgeführt wurde. In diese Angelegenheit sind die Angeklagten Edmund Rümmele, Heß, Jäh, Scheffel, der flüchtige Greter, Kohlbrenner und der zu jener Zeit gerade aus Stuttgart zurückgekehrte Fritz sowie der Spinner Josef Sütterle aus Zell vermiselt.

Die Angeklagten haben bei dem Diebstahl mehr oder weniger aktiv gewirkt. Nach der Anklageschrift standen die Angeklagten Jäh, Sütterle und ein gewisser Baumgartner während des Diebstahls in der Nähe des Lagerhauses Wache. Scheffel stieg auf das Dach des neben seiner Wohnung liegenden Kieferischen Lager-Schuppens und stellte fest, daß das Fenster, durch welches er und Greter einsteigen wollten, durch ein Drahtgitter geschützt war. Darauf eilte Scheffel nach Hause und holte eine Schere, mit welcher das Drahtgitter sodann durchgeschnitten wurde. Das darunter befindliche Fenster wurde von Greter eingedrückt und beide stiegen ein. Sie fanden in einem schlecht verschlossenen Schrank

Brownings und Gewehrmunition, einige Gewehrstücke

und 20 Feldferzen. Die Sachen wurden mitgenommen und in Rümmeles Wohnung gebracht. Dort wurde die ganze Beute auf den Tisch geschüttet, und Rümmele rief den in demselben Hause wohnenden Heß herbei, der sich sehr über den gelungenen Streich amüßerte und die für seinen Revolver passenden Patronen an sich nahm. Die Feldferzen steckte Greter dem Heß kurzerhand in seine Rocktasche, weil man bei Heß nach seiner Meinung kaum nach solchen Dingen suchen würde. Es war dann davon die Rede, aus dem Pulver der übrig gebliebenen Patronen Handgranaten zu fertigen.

Im Anschluß an diesen Diebstahl stiegen dann die beiden Angeklagten Scheffel und Jäh nochmals in den Kieferischen Schuppen, um von einem im Schuppen stehenden Fahrrad Sattel und Reifen zu entfernen, in der Hauptsache aber, um nach Gewehren Umschau zu halten, die dort nach Meinung der Angeklagten von Faschisten verborgen gehalten werden sollten. In diesem zweiten Eintritte in den Kieferischen Schuppen war auch der eben in seiner Kiste aus Stuttgart zurückgekehrte Angeklagte Fritz und ein gewisser Josef Rümmele, Bruder des Angeklagten Edmund Rümmele, beteiligt. Letzterer ist dieser Tage bereits in Schönau wegen dieser Sache abgeurteilt worden.

Die Aussagen der Angeklagten in diesem Falle waren zum Teil recht verworren; häufig aber ergaben sich Widersprüche zwischen den einzelnen Aussagen. Der neben dem flüchtigen Greter Hauptbeteiligte, der Angeklagte Scheffel, gab an, von Greter zur Teilnahme an dem Diebstahl gedrängt worden zu sein, gab aber die Möglichkeit der Schilderung der Anklageschrift unumwunden an.

Die Angeklagten Jäh und Josef Sütterle, die seit Anfang 1923 der K.P.D. angehören, verwickelten sich bezüglich der Art und des Umfangs ihrer Beteiligung verschiedentlich in Widersprüche. Sütterle bekennt während der Ausführung des Diebstahls Posten abgeben zu haben, wogegen die Auffassung Jäh's dahinging, daß Sütterle beim Wachtstreife unabweisbar beteiligt war. Nach früherer Aussage des Scheffel hatte auch Rümmele Posten gehalten, was Rümmele bekennt. Die Aussagen von anderen Angeklagten betätigten Rümmeles Darlegungen in diesem Punkte.

Eine sehr verhängnisvolle Rolle spielte auch der Angeklagte Heß. Er leugnet, gewußt zu haben, daß die auf seinem Tisch ausgebreiteten Patronen usw. aus einem solchen ausgeführten Diebstahl herrühren.

Auf die Frage des Vorsitzenden, was er sich angesichts dieser Munition gedacht habe, äußerte Heß, daß er in dem Glauben war, Patronen aus den Beständen der Genossen vor sich zu haben. Er gestand allerdings zu, die für seinen Revolver passenden Patronen an sich genommen zu haben. Er räumte auch ein, beim Anblick der auf dem Tisch ausgebreiteten Munition gelacht zu haben, jedoch lediglich aus Freude darüber, daß die Arbeiter auch einmal etwas hätten, um sich gegen die Faschisten zu wehren.

Im übrigen gaben alle beteiligten Angeklagten übereinstimmend an, bei diesem Diebstahl in dem Glauben gehandelt zu haben, daß sie als Arbeiter aus Gründen der Notwehr gewissermaßen berechtigt seien, sich mit allen Mitteln in den Besitz von Waffen usw. zu setzen, da in den Kreisen der Arbeiterkassette überall bekannt gewesen sei, daß die Faschisten seit längerer Zeit über Kampfmittel verfügten, deren sie sich nach ihrer (der Arbeiter) Auffassung doch lediglich gegen die Arbeiter zu bedienen beabsichtigten.

Die Nachmittagsverhandlung

befasste sich in erster Linie mit einem vollendeten Sprengstoffdiebstahl beim Kaufmann Haller in Zell am 22. auf den 23. Januar vorigen Jahres. In einer der Tat vorangehenden Versammlung, an der 12 Personen teilnahmen, darunter die Angeklagten Rümmele, Greter, Plogowski, Bachmann, Weisenberger und Kohlbrenner sprach der Angeklagte Rümmele über die tatsächlichen Pläne, insbesondere über den Schlageterbund, wozu Rümmele heute weiter erklärte, daß die Arbeiter auch ein Recht gehabt hätten, sich Waffen zu verschaffen, zumal die Faschisten im Besitz von Waffen waren. Rümmele bekennt jedoch, daß damals ein militärischer Ausschuss gebildet worden sei.

Die Angeklagten Mechaniker Bachmann und Gustav Weiß, Bauarbeiter aus Zell i. B. traten nunmehr gleichzeitig mit in die Vernehmung ein, wobei Bachmann, der erheblich vorbestraft ist, erklärt, daß Rümmele ihn und Plogowski aufgefordert habe,

Handgranaten anzufertigen.

Von der Bildung eines militärischen Ausschusses sprach der Angeklagte Weisenberger, eine Beteiligung lehnte er ab, weil er auswärts in Arbeit stand. Der Angeklagte ist übrigens wegen Zuwiderhandlung gegenüber den Anordnungen der K.P.D.-Zentrale aus der Partei ausgeschlossen worden.

Rümmele widerspricht den Aussagen dieser beiden Angeklagten. Plogowski, der gleichfalls nicht mehr der K.P.D. angehört, sagte aus, daß Rümmele zur Anschaffung von Waffen aufgefordert habe. Von der Bildung eines militärischen Ausschusses sei gesprochen worden, auch sei er aufgefordert worden, Handgranaten anzufertigen, was er jedoch ablehnte. Der Angeklagte Fritz gab zu, daß Rümmele ihm bei dieser Vernehmung einen Plan übergab, auf dem der Weg nach Neustadt angedeutet war, den er zu Kurierdiensten zu begeben hatte.

Sodann wurde der Angeklagte Rümmele weiter vernommen, der im allgemeinen ausführt, die Anordnungen zur Ausführung des Diebstahls in dem Pulverhaus Haller seien von Greter ausgegangen, dem er nicht habe widersprechen können. Er erkannte an, daß er Greter verschiedene Geldbeträge ausgezahlt habe, die vielleicht zu Waffenanschaffungen benutzt worden sind. Plogowski sagte noch aus, daß Rümmele ihm für die Anfertigung von Handgranaten 100 Franken bezahlung versprochen hatte. Er und Bachmann erklärten weiter, daß Greter ihnen

mit Geldstücken gedroht

habe, wenn sie seinen Befehlen nicht Folge leisteten. Wie aus der Vernehmung sich weiter ergab, ist die vollkommene Wegschaffung der Munition damals nicht zur Ausführung gelangt, weil die Beschaffung eines Autos in dieser Nacht unmöglich war. Der Diebstahl ist vielmehr erst am folgenden Abend des 23. Okt. zur Ausführung gebracht worden. Langendorf hatte dazu das Auto beschafft, Fritz stand Wache, während die übrigen, Bachmann, Scheffel, Weisenberger und Greter die Munition einluden. Pulver und Parosil, ein sehr gefährlicher Sprengstoff, wurden in einem Kellertank in der Nähe der Wohnung des Angeklagten Jäh untergebracht. Der Händler Karl Scherle, der zur Mithilfe herangezogen wurde, sagte nach anfänglichem Beugnen aus, er habe gemerkt, daß Pulver usw. in den Kisten war.

Weiterverhandlung: Donnerstag vormittags 9 Uhr.

Bunte Chronik

Auch eine Spazierfahrt. Ein junger Canadianer, Mijter Smith will in einem Boote aus imprägnierter Leinwand den Kanal überqueren und dann auf den französischen Küsten und Kanälen bis zum Mittelmeer gelangen. In dessen Kiste entlang wird er bis zur Übermündung fahren und von dort den Tiber aufwärts bis Rom.

Blinder Eifer schadet nur. Durch ein New Yorker Gericht wurde der Inhaber eines Hotels zur Bezahlung von 200 Pfund an einen seiner Gäste aus Virginia und von 500 Pfund an dessen Ehefrau verurteilt, die gegen ihn auf Schadenersatz und Genugtuung geklagt hatten, weil in der Nacht, als sie in dem Hotel logierten, Detektive in das Hotelzimmer eindringen, ihren Gehstand in Zweifel zogen und erst wieder abgingen als das Paar ihnen den maßlosen Ehrschein vorweisen konnte. Die Klägerin erhielt den größeren Betrag zugesprochen, weil sie infolge der Aufregung ärztliche Hilfe hatte in Anspruch nehmen müssen.

Drei Kinder verbrannt. Nach Blättermeldungen aus Breslau sind auf einem Gut im Kreise Glogau drei Kinder im Alter von 1-1 1/2 Jahren, die von der Mutter allein zurückgelassen waren, einem Stubendbrand zum Opfer gefallen.

Sport-Spiel

Schwimmen. Sensationelle Erfolge des Karlsruher Schwimmvereins. Der Karlsruher Schwimmverein von 1899 wollte am vorletzten Samstag und Sonntag beim Schwimmwettkampfe Saarbrücken. Wenn er auch infolge Witterungsverhältnisse nicht die gesamte Mannschaft zur Stelle hatte, so hat er doch Erfolge errungen, die weit über Karlsruhe hinaus berechtigtes Aufsehen erregen. Die Wasserballmannschaft, die noch vom Sieg über den norddeutschen Meister Bremen bekannt ist, hat einen wohl einzig dastehenden Erfolg errungen.

In drei Sätzen an 2 Tagen, davon 1 Sätze innerhalb einer Stunde, hat die Mannschaft ein Torverhältnis von 22:0 errungen, das die Schußfreudigkeit des Sturmes genühend dokumentiert. Die einzelnen Resultate lauten: A.S.V. 00-Trier 05:17:0, A.S.V. 00 gegen Rkar Heidelberg 5:0, A.S.V. 00-Saarbrücken 10:0. Die Mannschaft spielte in folgender Aufstellung: Waaber, Diegler, Denn, Bierhalter und Hall. Bei den Schwimmwettkämpfen konnte Weich im Juniorschwimmen unter 24 Teilnehmern den 2. Platz belegen. Bierhalter wurde in der kurzen Strecke über 80 Meter ebenfalls knapp mit 2 1/2 Sek. zweiter hinter Worbis (Rkar-Heidelberg). Die 2. Seniorenlagenstaffel wurde eine höhere Beute der Karlsruher Schwimmer, doch fiel der Preis an Rkar Heidelberg, da der Karlsruher Seitenschwimmer infolge Zitterfingers disqualifiziert worden war. Doch tröstet das nicht die Freude am Erfolg. Erfolg dürfen die Karlsruher Schwimmer sein, daß die Mannschaft des A.S.V. 00 gegen harte Gegner solche schöne Erfolge erzielt hat. Wenn die Karlsruher Sportwelt die Schwimmerei nicht ganz als Stiefkind der Sportbewegung behandelt und die schwimmtechnischen Veranstaltungen besser besuchen würden, hätten wir hier sicher mehr schöne Wasserballwettkämpfe zu erwarten. Hoffen wir auf Besseres für die Zukunft.

Wintertport.

Staffellauf des S.C.-Club Schwarzwald. Für den kommenden Winter wird auch der S.C. Club Schwarzwald an die Veranstaltung eines Staffellaufs gehen. Das Nähere über den Lauf wird noch bestimmt. Die Durchführung soll einem Gau übertragen werden, der noch ausgewählt wird.

Berichtssaal

In Karlsruhe, 19. Nov. Der erste Fall des Schwurgerichtes der für Donnerstag, den 20. November, vorgesehen ist umfaßt die Anklage wegen Abtreibung und Totschlag. Angeklagt sind die Hilfsarbeiterin Elise Fröhlich aus Weisingen, der Aktenmacher Johann Schöcher aus Schönbeck, die Kettenfellerin Anna Marie Gröber aus Herrlingen, die Ehefrau Melanie Burdhardt aus Forzheim, der Fasser Robert Adolf Hallmeier aus Dillheim und die Dienstmagd Berta Emilie Englich aus Engelsbrunn. Für Freitag, den 21. November, sind zwei Verhandlungen vorgesehen und zwar am Vormittag gegen die Verkäuferin Marie Kruse aus Karlsruhe und den Reisenden Karl Seib aus Karlsruhe wegen Meineids bezw. Anstiftung hierzu, und am Nachmittag gegen den Maler Johann Krahl aus Donaueschingen wegen Anstiftung zum Meineid.

Zu dieser zweitägigen Tagung sind als Geschworene bestimmt: Gießermeister Friedrich Müller in Ettlingen, Brauereibesitzer Fritz Hoepfner in Karlsruhe, Frau Marie Sperling in Baden-Baden, Monteur Arthur Selbing in Karlsruhe, Fabrikant Albert Zimmermann in Forzheim und Vermeister August König in Durlach. Vorsitzender des Schwurgerichtes ist Landgerichtsdirektor Dr. Rudmann.

In Karlsruhe, 19. Nov. Wegen Urkundenfälschung und Betrugs stand der 24jährige gelernter Kaufmann Wilhelm Karl Seeg als Vorzeuher vor dem Schöffengericht. Er gehört zu den vielen jungen Menschen, die durch die Nachwirkungen des Kriege's ihren sittlichen Halt verloren haben. Vor drei Jahren erriet Seeg erstmals auf die schiefe Ebene und damit auf längere Zeit ins Gefängnis. Nach seiner Entlassung tritt er erneut zu Schwelgereien. Er suchte unter falscher Adresse bestellte Waren an sich zu bringen, um sie zu verkaufen und den Erlös für sich zu verwenden. Dieses Mauther ist ihm einmole Male geschehen, in anderen Fällen blieb es beim Versuch. Das Urteil lautete unter Subsidium mildernder Umstände und heit und Gemeinnützigkeit des Treibens des Angeklagten auf 1 Jahr 8 Monate Gefängnis und 4 Jahre Ehrverlust. Nur seine Jugend und eine gewisse Notlage bei Beobachtung der Tat bewahrten Seeg vor dem Zuchthaus.

Tagesanzeiger

(Man beachte die Anzeigen!)

Donnerstag, den 20. Nov. 1924.

Bad. Landes-theater: „Andine“, 7 1/2 Uhr.
Weltoperama: „Tom Hattler“
Kantatengesellschaft: „Wienersaal“, Abend, Gast-schule.
Neuer Bekanntheitsverein: 8 Uhr öffentlicher Vortrag, Vier Jahreszeiten.
Colosseum: Täglich Vorstellung, 8 Uhr: „Gastspiel Schmitz-Weißweiler in „Jest wird'n Ding ge-dreht“.
Deutschnat. Volkspartei: 8 1/2 Uhr öffentliche Versammlung, Eintrachtssaal.
Metz-Verein: „Der letzte Bettelmusikant“
Schauspieltheater: „Die Abblauen“, 2. Teil.
Excellior-Kantatenspiele: Neues Programm.

Briefkasten

E. A. in R. Die Hypothekenaufwertung ist keine andere, gleichgültig ob Sie 10 oder 15prozentig Ertrags-befähigt sind.

Wobmed Tabletten
in allen Apotheken u. Drogerien erhältlich
bei Husten, Heiserkeit, Katarrh

Bleyles Knaben-Anzüge
Sweater, Sportwesten
W. Boländer, Kaiserstr. 113.

Gebrauche Ata



- und im Haus siehst's stets bei dir wie Sonntag aus!
(ATA Henkel's Putz- und Scheuermittel)

Wirtschafts- und Handelsteil.

Der neue österreichische Zolltarif.

(Von unserem Wiener Vertreter.)

Es hat lange gewährt, bis die österreichische Regierung dem Parlament einen neuen autonomen Zolltarif vorlegte. Und doch war dieser eine unumgängliche Notwendigkeit. Mit dem Zusammenbruch des alten Staates war auch das Wirtschaftsgebiet zerfallen. Während das alte Österreich-Ungarn bis auf die Kolonialprodukte so ziemlich stark war, sich selbst mit landwirtschaftlichen und Industrieerzeugnissen versorgen konnte, sah sich das neue Österreich plötzlich von seinen bisherigen Bezugsquellen abgeschnitten. Ausfuhrverbote und Einfuhrzölle der Nachbarstaaten hielten die unumgänglich notwendigen Bedarfsartikel von seinen Grenzen fern. Einfuhrverbote machten es seiner Industrie außerordentlich schwierig, auch nur halbwegs die alten Märkte aufrecht zu erhalten. Was nützt es, daß man angesichts des Tiefstandes der österreichischen Krone im Laufe der Inflationsperiode mit der Valorisierung der Zölle vorging. Diese hatten vielfach ihren ursprünglichen Sinn verloren, da die Wirtschaftsverhältnisse des neuen Österreichs eben völlig andere waren, wie die des alten Staates. Die Abkommen, die mit den Nachbarstaaten und dem Ausland getroffen wurden, waren keinesfalls Handelsverträge im alten Sinne, wenn man dabei an Tarifabkommen denkt, sondern zum größten Teil Kontingentverträge, die Einfuhr auf eine bestimmte Menge von Waren beschränkten. Während die Nachbarstaaten sich noch immer absperrten, und es nicht selten vorkam, daß sie gegenüber Österreich 4-5fach höhere Zölle einfuhrten, als vor dem Kriege bestanden hatten, trotzdem Österreich als Konkurrent nicht ernstlich in Betracht kam, hat dieses die Einfuhrverbote zum größten Teil abgebaut und legte auch sonst dem Handelsverkehr keinerlei Schranken etwa in Form von Sondertarifen auf.

Dieses einseitige Vorgehen Österreichs drückt sich nun deutlich in der Handelsbilanz aus. Immer größer wird das Passivum in hunderten von Millionen Goldkronen. Der Trost, daß neben der Handelsbilanz auch noch die Zahlungsbilanz in Betracht käme, Österreich außer durch den Handel noch auf manchen anderen Gebieten fremde Währungen zuströmen, ist nur zum Teil begründet. Sollten die Sanierungsmaßnahmen des Völkerbundes nicht nur eine vorübergehende Wirkung zeitigen, dann mußte mit dem bisherigen System der Handelsverträge gründlich gebrochen werden. Die Voraussetzung dazu war ein neuer autonomer Zolltarif. Vorausgesetzt muß werden, daß dieser vom österreichischen Nationalrat beschlossene Zolltarif selbstverständlich nicht das letzte Wort bedeutet. Gelegentlich der Handelsvertragsverhandlungen haben die Vertragspartner Gelegenheit, eine Herabsetzung dieser autonomen Zölle herbeizuführen. Voraussetzung dazu ist aber, daß Österreich Kompensationen bei einzelnen Zollpositionen gewährt werden, und daß gerade die Staaten, die an Österreich einen ausgezeichneten Markt haben, auch der österreichischen Einfuhr nicht jene Erleichterungen entgegenzusetzen, wie bisher. Denn wenn irgendwo, so gilt gerade auf dem Gebiet der Handelsverträge der alte Juristenspruch: „Do ut des“, mer Entgegenkommen verlangt, muß zu Entgegenkommen bereit sein, schon aus dem egoistischen Grunde, weil auf die Dauer der österreichische Markt eine solche Belastung, wie sie die bisherigen Zölle der Auslandstaaten bedeuteten, auf die Dauer nicht ertragen könnte.

Als erstes Abkommen hat Österreich einen Handelsvertrag mit dem Deutschen Reich geschlossen. Dieser stellt sich jedoch bloß als Zusatzvertrag dar, da die deutschen Unterhändler noch keinen eigenen Tarif hatten. Infolgedessen beschränkt sich dieser Vertrag darauf, daß Deutschland bei Textilien, Messerschmiedewaren, optischen Erzeugnissen, Spezialmaschinen, ferner bei Hanauer- und Forzhelmer Biscuits, Schmarwälder Likören, Musikinstrumenten und chemischen Erzeugnissen Erleichterungen gewährt werden, während umgekehrt Deutschland der österreichischen Industrie bei Galvanisierwaren, Bodenstoffen, konfektionierten Weizen und Getreidemehl, Baumwollgarnen und der Wiener Schmelzindustrie entgegenkam.

Bezüglich eines wichtigen Punktes, nämlich der Agrarpolitik, konnten keine Vereinbarungen getroffen werden, da in Deutschland die Meinungen hierüber nicht geklärt sind. Österreich hat nun gerade hier völlig neue Wege eingeschlagen. Die österreichische Landwirtschaft ist, wie nach dem Kriege kaum für drei Monate den Bedarf des Staates decken konnte, hat in der Zwischenzeit ihre Produktionsfähigkeit erhöht. In noch höherem Grade gilt dies von der Zuckerindustrie, die nach dem Kriege bloß 6 Prozent des heimischen Bedarfs decken konnte und nunmehr weit über 40 Prozent für den Konsum zu beschaffen in der Lage ist. Die österreichische Landwirtschaft wäre, wenn sie die Gewinne hätte, auf bestimmte Preise rechnen zu können, imstande, ihre Produktion weiter zu verbessern. Der Konsum wiederum konnte höhere Getreidepreise nicht ohne weiteres bewilligen, eben weil Österreich einen großen Teil seines landwirtschaftlichen Bedarfs einführen muß.

Man fand durch die Einführung der alleinigen Getreidezölle einen Ausweg in der Weise, daß zunächst für Weizen bei einem Ausgangspreis von 320 000 bis 380 000 Ökronen pro 100 Kilo ein Zoll von 2 Goldkronen für den Weiterzähler festgesetzt wird. Zweitens steigt der halbmonduliche Durchschnittspreis des Weizens unter oder über den Ausgangspreis, so erhöht oder vermindert sich der Zoll von zwei Goldkronen pro 100 Kilo um den Betrag des Preisunterchiedes. Der Zoll darf jedoch 4 Goldkronen nicht übersteigen und 0,25 Goldkronen nicht unterschreiten. Für Mais ist ein Zollzuschlag von 3 Goldkronen zum Wert von 1,50, für Weizen 3 Goldkronen über den jeweiligen Weizenzoll festgesetzt. Einen ähnlichen Ausgleich suchte man bei den Zöllen

für Vieh zu treffen. Da Österreich genug Kuh- und Zuchtvieh hat, so wurde der Zoll verhältnismäßig hoch für ein Stück mit 25 Goldkronen festgesetzt, hingegen für Schlachtvieh mit 5 Goldkronen. Bei Schweinen werden für Fleischschweine von 40-110 Kilo 9 Goldkronen für 100 Kilo festgesetzt, für Fettschweine hingegen nur 5 Goldkronen. Für Geflügel wurde der Zoll auf 12 bzw. 25 Goldkronen erhöht. Auch der Zoll auf Fleisch bewegt sich zwischen 14 und 24 Goldkronen, um auf diese Weise die Einfuhr von Schlachtvieh zu begünstigen. Hingegen sind Eier, soweit sie in Kästen verpackt sind, zollfrei.

Was nun die Industrieerzeugnisse anbelangt, so ist bei Baumwollgarn kein besonderer Unterschied gegenüber den bisherigen autonomen Tarifen, was freilich eine Erhöhung gegenüber dem Vertragstarif bedeutet. Bessere Baumwollgewebe erfahren eine Erhöhung zwischen 10 und 25 Prozent. Feine Feinwaren und Damaste auch darüber. Kamgarne und Möbelstoffe eine Erhöhung bis zu 40 Prozent. Dies erklärt sich daraus, daß gerade die Textilien das härteste Passivum in der österreichischen Handelsbilanz herbeigeführt haben und die österreichische Industrie auf diesem Gebiete entwicklungsunfähig ist. Während Herrnhüte eine Zollherabsetzung um 40 Prozent erfahren, haben Damaste eine Ermäßigung zu verzeichnen. Da es nicht ausgeschlossen ist, daß das Einfuhrverbot für Schuhwaren aufgehoben wird, wurden die Zölle für Schuhwaren geändert. Hier haben besonders Luruschuhe zwischen 900 bis 500 Gramm das Paar eine Erhöhung des Zolles per 100 Kilo auf 170 Goldkronen zu verzeichnen, während der bisherige Zoll 145 betrug. Nach langen Auseinandersetzungen wurde dem Wunsch der österreichischen Zementindustrie Rechnung getragen und ein Zementzoll von 0,8 Goldkronen eingeführt.

Daß der österreichische Tarif kein Hochschutzzolltarif ist, geht daraus hervor, daß Rohstoffe zollfrei ist, auch die Halbfabrikate haben eine Zollermäßigung erfahren, und zwar für Platinen und Zettel von 1 auf 0,8 Goldkronen, für Stacheln von 3 auf 2,50 und für Draht eine Herabsetzung um 2 Goldkronen. Doch erwies es sich als notwendig zum Schutze der österreichischen Industrie, den Zoll von Blechwaren um 25 Prozent zu erhöhen und von kleinen Dampfmaschinen um 20 Prozent. Hingegen sind Spinnerei, Zwirnerei, Färbereimaschinen zollfrei, desgleichen auch jene elektrische Maschinen, die zeitweise in Österreich nicht erzeugt werden. Sonst sind elektrische Maschinen, namentlich die kleineren, mit einem um 20 Prozent höheren Zollschutz bedacht. Die starke Konkurrenz machte es auch notwendig, den Zoll auf Fahrräder zu erhöhen und zwar von 60 Goldkronen auf 480, desgleichen ist der Autozoll, der bisher 35 vom Werte betrug, auf 120 + 35 Prozent des Wertes erhöht worden. Bei Glas-erhärter Dohlglas eine Erhöhung um 30 und Glasperlen eine solche um 150 Prozent. Porzellan ist gegenüber dem bisherigen autonomen Zoll nicht erhöht worden, wohl aber der Zoll für Defen. Bei der chemischen Industrie sind einzelne Produkte wie Gerbstoffe frei erklärt worden, Essigsäure hat eine 20prozentige Ermäßigung, hingegen hat Schwefel- und Salpetersäure eine 40prozentige Erhöhung erfahren.

Das Gesetz enthält auch die Dumping-Klausel, monach Zollzuschläge für jene Staaten erfolgen können, die Ausfuhrverboten erteilen oder das Washingtoner Abkommen über den Achtundzwanzig nicht ratifiziert haben. Da der autonome Tarif keineswegs über das Ziel schießt, ist anzunehmen, daß bei gutem Willen es gelingen wird, Handelsverträge abzuschließen, die den Interessen beider Vertragsparteien entsprechen. Dr. S. H.

Karlsruher Börse

vom 19. November.

Getreide, Mehl und Futtermittel. Der Besuch ist stark, die Stimmung uneinheitlich. Der Konsum scheint noch gut vorzujagen und hält gegenüber festen Forderungen noch zurück. Weizen neue Ernte handelsüblich 24,50-25, Roggen neue Ernte gesund handelsüblich 22,50 bis 23,50, Sommergerste je nach Qualität 25 bis 27,50, Hafer neue Ernte 18,50-21, ausgesprochener minderwertige Ware entsprechend billiger. Mais mit Saft 22,50-22,75, Weizenmehl Mühlenerforderung 38,75-39, Roggenmehl Mühlenerforderung 36,25-36,50, zur Abnahme fähiges Mehl billiger erhältlich. Weizen- und Roggenfuttermehl 16,50 bis 17,25, Weizen- und Roggenflocken 12,75-13,50, Spezialfabrikate entsprechend teurer. Viertreiber 19,50-20,50, Malzkeime 16-16,50, Speisefarbstoff, gelbfleischige 5,50-6.

Rauhfuttermittel. Rotes Wiesenfutter, gut, gesund, trocken 8,50-9,50, Luzerne 10,50 bis 11, Weizen-Roggenstroh, drahtgerecht 5,50-6; alles in Goldmark per 100 Kilo; Mühlenfabrikate, Mais, Viertreiber und Malzkeime mit Getreide ohne Saft, Frachtparität Karlsruhe, Waggongpreise. Kleinere Quantitäten entsprechende Zuschläge.

Weine und Spirituosen. Der Besuch war schwach, die Stimmung zurückhaltend. Weine: Wenig Geschäft bei etwas gedrückten Preisen. Spirituosen: Es bestand Nachfrage in Rohbrandweinen bei behaupteten Preisen. Auch Edelbrandweine waren gesucht, jedoch konnten die zum Teil minderwertigen Qualitäten bei den hohen Forderungen nur wenig Absatz finden.

Abteilung Kolonialwaren. Kaffee und Tee in Preise unverändert. Kakaopreis 0,44, Graupen 0,43, gelbe gepaltene Erbsen 0,40, weiße ungarische Verbohnen 0,45, Pinien mittel 0,70, amerikanisches Schweinefett 1,95, Salatöl 1,45, Kristallzucker 0,69, Kakaopulver inländisch 1,50, ausländisch 1,75; alles in Goldmark per Kilo.

Mannheimer Effektenbörse.

v. Mannheim, 19. Nov. Die heutige Börse verkehrte in ziemlich fester Haltung. Bad. Anilin 21,25, Besteregeln 16,5, Waggongfabr. 1,2, Germania 11,75-11,75, Karlsru. Maschinen 3,15, Braun-Konferven 0,90, Zell. 6,70, Mannheimer Gummi 2,4, Maschinenfabrik Badenia 0,60, Zellstoff Waldbhof 9,4, Bad. Assekuranz 85.

Industrie / Handel / Verkehr.

Deutsche Boernerwerke A.G., Mannheim. In der Generalversammlung wurde genehmigt, daß der Reingewinn von 53 880,91 Millionen Mark für die Goldmarkumstellung Verwendung findet. Eine Dividende wird nicht verteilt. Gemäß dem Vorschlag der Verwaltung wurde beschlossen, das Aktienkapital im Verhältnis 25:1 umzustellen. Das 11 Millionen Mark betragende Kapital wird auf 440 000 Goldmark vermindert und zwar werden für jede Aktie zu 1000 M 2 neue zu je 20 M auszugeben.

Süddeutsche Wasserwerke A.G., Frankfurt a. M. Die außerordentliche Generalversammlung genehmigte die Regularien. Die Goldmarkumstellung soll in der Weise vorgenommen werden, daß das Kapital von 14 000 000 Papiermark auf 280 000 Goldmark (5:1) umgestellt wird. Als Reserven werden 17 000 Reichsmark ausgewiesen, ferner 22 624 Reichsmark Kreditoren, sowie 24 794 Debitoren und 268 000 Anlagen in Regensburg.

George Seiling & Co. A.G., Barmen a. Rh. Die außerordentliche Hauptversammlung genehmigte die Goldmark-Eröffnungsbilanz. Die Umstellung des Gesellschaftskapitals erfolgt in der Weise, daß das Aktienkapital zunächst in 50 000 Aktien zu je 10 Goldmark eingeteilt und jede Aktie von nominell 1000 M auf 20 Goldmark abgestempelt werden. Nach der Einziehung von 9 Millionen Schutzaktien wird das noch vorhandene Stammaktienkapital von 80 000 Papiermark im Verhältnis von 80:1 herabgesetzt, so daß das Stammaktienkapital künftig eine Million Goldmark betragen wird. Auf je 1000 M Aktien entfallen somit 33 1/3 Goldmark. Für die restlichen 13 1/3 Goldmark werden Anteilscheine auszugeben. Die Vorzugsaktien sollen wie bisher in tausend Stück eingeteilt werden und auf je 5 Goldmark lauten.

Fränkische Fruchtweinsteiler A.G. in Karlsruhe a. Main. Der auf 29. November einberufene 1. ordentliche Generalversammlung wird auch die Goldmark-Eröffnungsbilanz per 1. Juni 1924 mit Umstellungsplan vorgelegt.

Solaktontor A.G. in Nürnberg. Nach der jetzt vorliegenden Goldmark-Eröffnungsbilanz ist das Grundkapital auf 150 000 Goldmark zusammengelegt; an Kreditoren sind vorgetragen 25 158 Goldmark und 12 714 Goldmark sind als Reserven eingestellt. Auf der Aktiviseite stehen u. a. verzeichnet: Grundstücke, Gebäude, Maschinen und Werkzeuge mit 94 672 Goldmark, Vorräte mit 68 403 Goldmark und Debitoren mit 16 470 Goldmark.

Altienengesellschaft für Buntpapier und Leimfabrikation, Alsfeld a. Rh. Die Verwaltung schlägt vor, das Stammkapital von bisher 7 000 000 Papiermark auf 2 800 000 Goldmark umzustellen. Danach sollen je 1000 Papiermark eine Aktie auf 400 Goldmark und je 1500 Papiermark nominell auf 600 Goldmark bzw. von 300 Papiermark nom. auf 220 Goldmark abgestempelt werden. Ferner weist die Goldbilanz als Kapitalreserven 280 000 M auf, sowie für soziale Zwecke 50 000 M, ferner an Schulden 354 927 M, an Grundstücken 280 000 M, an Gebäuden 882 680 M, an Maschinen und Einrichtungen 764 761 M, Fuhrpark 21 765 M, Vorräte 1 756 000 M, Außenstände 504 295 M, Kasse und Wechsel 28 696 M auf. Die Generalversammlung findet am 28. November statt.

Die Oberthiesche Kautschuk A.G. beruft am 18. Dezember eine außerordentliche Generalversammlung ein, der die Goldmarkbilanz vorgelegt werden soll. Die Bilanz weist ein Kapital von 80 Millionen Goldmark Stammaktien, 800 000 Goldmark Vorzugsaktien und 16 Millionen Goldmark Genussscheine auf, also eine Umstellung der Stammaktien und Genussscheine auf einen Nennwert von 400 Goldmark. Dem Bericht des Vorstandes in der Aufsichtsrats-Sitzung war zu entnehmen, daß für das laufende Geschäftsjahr wiederum eine angemessene Dividende zu erwarten ist.

Interessengemeinschaft. Zwischen dem Verwaltungsrat des Essener Bergwerksvereins, König Wilhelm und der Gebrüder Siumm & Co. m. b. H. wurden die Verhandlungen, um den im Mai geschlossenen Interessengemeinschaftsvertrag mit der Durchführung der Goldumstellung auf eine angemessene Grundlage zu stellen, erfolgreich zu Ende geführt. Die Gesellschaften haben sich dahin verständigt, der auf den 27. November einberufenen Generalversammlung Änderungen in dem Interessengemeinschaftsvertrag zur Annahme zu empfehlen.

Tabak. In Oberschoepfeim wurde sämtliches Tabakuntergut und Sandblatt zum Preise von 50 M per Zentner verkauft.

Konkursverfahren. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Martin Schön in Karlsruhe wurde das Konkursverfahren eröffnet.

Märkte.

Der Gernsbacher Schweinemarkt, der infolge des Krieges in Wegfall gekommen war, wird am kommenden Freitag vormittag halb 8 Uhr wieder stattfinden.

Nürnberg. Hopfenmarkt vom 19. Nov. Die Zufuhr am heutigen Hopfenmarkt betrug 80 Ballen, umgefeset wurden 10 Ballen. Preise für Markt-hopfen und Hallertauer 230-275. Der Verkauf war gering.

Forstheimer Edelmetallpreise vom 19. Novbr. Ein Kilo Gold 2805 Geld, 2810 Brief, ein Kilo Silber 98,50 Geld, 97 Brief, ein Gramm Platin 14,75 Geld, 14,95 Brief.

Marktberichte. Der Viehmarkt in Gnaen am 17. November hatte eine Zufuhr von 75 Ochsen, 68 Kühen, 42 Kalbinnen, 149 Stück Jungvieh und Kälbern, 2 Käufer-schweine und 205 Ferkeln. Die Preise stellten sich wie folgt: für Ochsen 880-820 M, für Kühe 230-450 M, für Kalbinnen 400-620 M, für Jungvieh und Kälber 100-250 M pro Stück, für Käufer-schweine 75 M, für Ferkel 30-50 M pro Paar. Bei gutem Handel wurden verkauft: 26 Ochsen, 18 Kühe, 12 Kalbinnen, 15 Stück Jungvieh und Kälber, 0 Käufer-schweine und 200 Ferkel. Der Großviehmarkt in Oaslach i. R. am 18. November war besahren mit 105 Ochsen, 41 Kühen, 27 Kalbinnen und 4 Kälbern. Ochsen wurden zu 760-910 M, Kühe zu 820-420 M, Kalbinnen zu 230-480 M pro Stück verkauft. Der Geschäftsaug war gut. Auf dem Schweinemarkt waren 9 Käufer und 191 Ferkel ausgeführt. Auch hier kann der Geschäftsaug als gut bezeichnet werden. Es wurden für die Käufer 18, für die Ferkel 16-45 M bezahlt.

Allgemeine Wirtschaftsfragen.

Anmeldung für die Mehradrehbücher der Leipziger Frühjahrsmesse 1925.

Das Mesamt für die Messen in Leipzig wird für die Frühjahrsmesse 1925 die folgenden Drehbücher in neuer Auflage herausgeben: 1. Drehbuch der Allgemeinen Mustermesse, 2. Drehbuch der Technischen und Baumesse, 3. Sonderverzeichnis der Textilaussteller, 4. Export-Adressbuch in englischer und französischer Sprache. Die Anmeldung zu den Mehradrehbüchern ist an die Mesadrehbuchstelle der Verlagsanstalt des Mesamtes, Leipzig, Postfach 285, zu richten. — Die Anmeldefrist läuft am 15. Dezember ab.

Termin der Frankfurter Frühjahrsmesse.

Wir erfahren vom Mesamt Frankfurt a. M., daß auf Grund ausführlicher Beratungen mit den Sachverständigen das Datum der nächsten Frankfurter Messe sowohl im Zeitpunkt als auch in der Vorgehensweise geändert worden ist. Die Technische Messe (Haus der Technik und Stände im Freien) wird diesmal schon am Freitag beginnen, und zwar am 17. April. Die allgemeine Messe beginnt, wie stets, am Sonntag, diesmal am 19. April, dauert aber nur bis einschließlich Mittwoch, den 22. April. An diesem Tage schließt auch die Technische Messe. Es sei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß durch ein im Bau befindliches neues Ausstellungs-Gebäude, das größte und schönste aller bisherigen Frankfurter Messehäuser, das Haus der Waben, endlich Gelegenheit geboten sein wird, weitere Aussteller des Textilgewerbes aufzunehmen. Bekanntlich mußten bisher zu jeder Messe allein aus dieser Branche viele Hunderte von Interessenten wegen Platzmangels abgewiesen werden. Meldebüchlein ist am 31. Dezember.

Literatur.

„Wie sieht man den Handelsteil einer Tageszeitung?“ Von Ernst Rahn und Fritz Raphael. Neue Bearbeitung. 81 bis 90. Tausend. Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H. Abteilung Buchverlag, Frankfurt a. M. Preis 2,50 M.

Das bekannte Buch, das die Lektüre des Handelsteils der Tageszeitungen für jedermann verständlich macht und zugleich eine Einführung in das Verständnis aller wichtigen Fragen der Gegenwartsökonomie gibt, liegt abermals in einer neuen Bearbeitung vor. Nach der Stabilisierung der Reichsmark ergab sich für die Wirtschaft in mancherlei Beziehungen die Notwendigkeit der Anpassung an die veränderten Verhältnisse. Die dadurch entstandenen neuen Formen sind in der Neuauflage berücksichtigt. Insbesondere ist die Neuordnung bei der Reichsbank dargestellt, und die im Zusammenhang mit Goldbilanzierung und Aufwertung häufig auftretenden Fachausdrücke sind erläutert worden. Bei der Aktualisierung, die alle Teile des Buches durchdringt, haben die Verfasser über den Anschluß an die Verhältnisse der Vorkriegszeit hinweggestellt, die auch heute noch als die normale so anzunehmen sind und von deren Verständnis man ausgeben muß, um die Vorgänge der Gegenwartsökonomie richtig zu würdigen. Das Buch hat auch in seiner neuen Form den großen Vorzug, daß es die Belehrung nicht mit schwierigen theoretischen Auseinandersetzungen beginnt, sondern an Hand von Ausschnitten aus dem Handelsteil einer Zeitung frisch in das praktische Geschehen hineinspringt und durch die Erläuterung der Vorgänge an der Börse und am Devisenmarkt, bei den Notendebatten, bei den Altienengesellschaften und an den Warenmärkten eine Fülle von Kenntnissen vermittelt. Das weiter ausgearbeitete Fachwerkregister erleichtert den Gebrauch dieses Kommentars der Handelszeitungen und des Wirtschaftslebens.

Wegen des Buß- und Bettages in Preußen wurden gestern keine Börsennotierungen vorgenommen.

Werbt in Bekanntenkreisen für das Karlsruher Tagblatt!

Pfannkuch
Kranken-Wein
Malaga
 1/4 Flasche
 Mark 2.00
 1/2 Flasche
 Mark 1.20
 mit Glas u. Steuer
 Grohabnehmer
 Sonderpreise.
Pfannkuch

Gut möbl. Zimmer
 zu vermieten. Zu erfragen Gartenstraße 11, Hinterhaus, 2. Stod.
2 gut möbl. Zimmer
 an 1 od. 2 Herren los zu verm. Strickstr. 32, II
 Brauerstr. 9, pari., ist möbl. auf 1. Dez. zu vermieten. Näher zu erfragen im Tagblatt.
Lagerraum
 Nähe Durlacher Tor zu vermieten. Schriftl. Angebote unter Nr. 1859 ins Tagblattbüro erbet.
Wohnungsauch
 Tausche meine 2 Zimmerwohnung mit Küche u. Keller gegen 1 Zimmerwohn. mit Küche u. Keller in gutem Hause. Angebote unter Nr. 1875 ins Tagblattbüro erbet.

Enorm billige Wäsche

Taghemden und Beinkleider

aus soliden Stoffen, gute Verarbeitung, hübsche Garnituren

Serie 1	Serie 2	Serie 3	Serie 4	Serie 5	Serie 6	Serie 7	Serie 8	Serie 9	Serie 10
1.35	1.65	1.95	2.45	2.90	3.45	3.90	4.75	5.75	6.75

Nachhemden und Nachjacken

je nach Preis aus solidem Croisé oder Hemdentuch, erstklass. Verarbeitung, aparte Garnituren

Serie 1	Serie 2	Serie 3	Serie 4	Serie 5	Serie 6	Serie 7	Serie 8	Serie 9	Serie 10
3.75	4.25	4.75	5.50	6.25	7.75	8.75	9.75	11.50	12.50

Bettwäsche

Kissenbezüge je nach Preis, glatt od. gebogt	1.95	1.65	1.45	Oberbettücher festoniert	11.50	10.50	8.75
Kissenbezüge mit Hohlbaum oder bestickt	3.90	3.25	2.45	Bettücher 1a Haustuch 150/240 cm	6.25		
Kissenbezüge 1a Cretonne, festoniert	4.75	4.25		Bettbezüge 1a Stoffe 130/176 cm	9.75 7.75		

Günstige Gelegenheit
 zur Anschaffung von
Braut-Ausstattungen

RESTE
 Kleiderstoffe - Baumwollwaren
 außergewöhnlich billig.

Einzelne elegante
Wäsche-Garnituren
 Hemdhosen u. Prinzebrücke
 im Preise ganz besonders ermässigt.

TIETZ

Zu vermieten.
 Sehr große, hochherrliche Wohnung (Villa) in bester Lage zu vermieten od. Hausverl., eventl. Landwohn. erbetet. Nur Selbstinteressenten. Angebote unter Nr. 1884 ins Tagblattbüro erbet.

Geschäfts-Räume
 zu vermieten auf sofort in guter Geschäftslage. Geeignet für Büros und Etagengeschäft, weil die nötigen Nebenräume vorhanden. Angebote unter Nr. 1885 ins Tagblattbüro erbeten.

Miet-Gesuche 5 - 10000 Mk.
Wertstätte
 atyhere, belle, 1. Etage, neuere, gut zu mieten gesucht. Angeb. u. Nr. 1870 ins Tagblatt. Erb. Kleinheub., alt. Mädchen sucht ein. möbl. Zimmer per Dauerlohn od. leinsten Zelle. Angebote unter Nr. 1878 ins Tagblattbüro erbet.

Offene Stellen
Vertreter
 Bei Farbwarengeschäften, Maler u. Drogerien auf einleitender Vertreter zum provisorischen Verkauf von Plafonds und Bronzefarben gesucht. Angebote unter Nr. 1888 ins Tagblattbüro erbeten.

Kapitalien
 Gutes Zins u. Anlage auf 1. Hypothek bei 1. Betr. f. 2000-2500 Mk. Berücksichtigt werden organisatorisch befähigte Herren od. Firmen (Kaufleute, Propaganda-Untern., Druckereien usw.), die mindestens über G.-Mk. 2000 Barkapital verfügen. Persönl. Besuch Donnerstag und Freitag von 10-12 u. 4-6 Uhr im Hotel Lutz a. alt. Bahnhof erw.

la Existenz
 Wir verg. die Lizenz für ein aussichts. hochkreatives Objekt (D.R.G.M.) mit Reklame verbunden, nachweisl. einle., für Karlsruhe u. Vororte. Die Übernahme sichert bei intensiver Tätigkeit ein Monatsinkommen von 3000-3500 Mk. Berücksichtigt werden organisatorisch befähigte Herren od. Firmen (Kaufleute, Propaganda-Untern., Druckereien usw.), die mindestens über G.-Mk. 2000 Barkapital verfügen. Persönl. Besuch Donnerstag und Freitag von 10-12 u. 4-6 Uhr im Hotel Lutz a. alt. Bahnhof erw.

Otterbein & Dietrich
 Einige Jungen unter 17 Jahren als
Lehrlinge
 in eine Metallschleiferei gesucht.
 Näheres beim P. rier Gartenstraße 67.

Kauft eure Lebensmittel
 bei den
„Kola“
 Mitgliedern.
 Erkennlich durch Mitgliederschild.

Stellen-Gesuche
 Intell., best. Präparier sucht auf 1. Dez. Stelle als Anf.-Vertikalerin in Klein. Konfektions-, Putz- oder Bekleidungs-Anstalt unter Nr. 1877 ins Tagblattbüro erbet.
 23jähr., tücht., ehrl. Mädchen m. aut. Bezug sucht Stelle per 1. od. 1. Dez. als Kleinmädchen, evtl. an Kindern in at. Hause. Angeb. u. Nr. 1888 ins Tagblatt.

Empfehlungen
Berf. Schneiderin
 fertigt aufstehende Damenkleider, Mäntel, Strickkleider, Hüten und Röcke zu billigen Preisen an. Auch Umänderungen. Frau Walter, Kreuzstr. 17, III. Ede. Martenstraße.

Kaffee-Puppen
 und Lampenstimmern fertigt an jeder Art. Akademiestr. 42, 2. Stod. zu erfragen.

Schneidermeister
 sucht noch Kundenbesuch. Viktorstr. 7, Etb., III.

Verkäufe
Gelegenheitskauf!
 Neues Kirchbaum-Schlafzimmer, hochfein pol., mit 180 cm breitem Spiegelstisch und ovalem Kristallspiegel, Wappstich mit Spiegel u. Harmon., 2 Betten, Nachttisch, 2 Stühle, 2 Sprungmatten zum Spottpreis von 875 Mk. zu verkaufen. Bilanznote unter Nr. 1887 ins Tagblattbüro erbeten.

Schreibmaschine
 außerst billig zu verkaufen. Sofienstr. 79, III. A. Röhmschneid. (Zuauer) zu verkaufen: Morgenstraße 18, 2. St., rechts.

Pianos
 preiswert bei Scheller, Ringelstraße, Hinterhaus 1, 3. Stod.
 Harmonium, Klavierschneid. Selbstbahnen, Ventilator zu verkaufen: Schillerstr. 4, 3. Stod.
 1. Mahagoni, sowie 1 Doppelpiano mit Luxus-Pol. Größe 175. Schneiderkleid, dunkelblau, Größe 44 bill. zu verk.: Bernhardtstr. 11, pari., r. Anzul. 11-3 u.

Orgel-harmoniums
 8 Register 350.-
 11 „ 420.-
 14 „ 500.-
 16 „ 600.-
 Drei Jahre Garantie.
H. Maurer
 Kaiserstr. 176
 Ecke Hirschstraße

Grammophon
 Damenrad, neu, 1. Billa, 2. Sella, 3. od. 4. Sella, 7. IV. r. Schill.

Grudeherd
 und ein Damen-Fahrrad preiswert zu verkaufen: Strickstr. 133, 3. Stod. Gehrod-Kauffmann, gest. Doie, Jülicher (Klopp), Größe 55, 1. od. 2. Sella, 7. IV. r. Schill.

Eleganter Mantel
 Belour de laine, wie neu, Nr. 40 L, Gr. 44, zu verkaufen: Martenstraße 44, IV., rechts.

Eleg. Pelzjacke
 fast neu., Gr. 44, sehr billig zu verkaufen. In erbt. im Tagblattbüro.

Kaufgesuche
 Zwei hochbauteigere ponierte Bettstellen mit Patentrollen zu kaufen gesucht. Angeb. unter Nr. 1881 ins Tagblatt.

Dauerbrenner
 mittlerer, gel. Angeb. u. Nr. 1876 ins Tagblatt.
Neukam's
 Altmöbel-Centrale
 Sammlerstr. 6, günstiger An- u. Verkauf gebrauchter Gegenstände in Betten, Schränken, Verticos, Schreibtischen, Tischen, Stühlen, Uhren, Bild., Porzellan, etc. u. mehr.
Unterricht
 Mathematik Professor (abgebaut), erbt. Nachhilfestunden f. alle Klassen. Angeb. u. Nr. 1878 ins Tagblatt.
 Konfessionell gebildete Dame erbt. Klavier-Unterricht. Woll. Kollersallee 113.
 Bassende
Weihnachts-Geschenke!
 Herren- und Damen-Fahrräder verschiedene Marken zu billigen Preisen. Näheres werden auf Wunsch ausgeschrieben.
Wilhelm Bez
 Fahrradhandlung, Adlerstraße 32.

Pfannkuch
Eingetroffen:
Frische Seefische Cabliau
 ohne Kopf im ganzen Fisch
 Bund 45 Pf.
 im Aufschnitt
 Bund 48 Pf.
Frische Bollweil-Süß-Bücklinge
 5-Pfund-Röhren
 Nr. 260

Pfannkuch
Herren- u. Knabenkonfektion
 Herrenartikel, Schuhwaren, Tricotagen, Strumpfwaren, Kurzwaren. Stets große Auswahl.
W. Kaeller
 Kaiserstraße Nr. 5
 Einr. Durlacherstr.

Zeitablauf
 erhalten fester Leute
 Herren-, Burschen- und Kinder-Anzüge und Mäntel, Strickwesten, Damen-Kostüme, Mäntel, Kleider und Blusen, Mannsatturwaren.
 Große Auswahl! Billige Preise.
Me tens & Co.
 Strickstraße 38
 Telefon 3056

Herren- u. Knabenkonfektion
 Herrenartikel, Schuhwaren, Tricotagen, Strumpfwaren, Kurzwaren. Stets große Auswahl.
W. Kaeller
 Kaiserstraße Nr. 5
 Einr. Durlacherstr.

Korpulenz macht alt!
 Fettigkeit wird durch die „Horo“-Reduktionspillen beseitigt. Preisgekrönt mit goldenen Medaillen und Ehrenplak. Kein starker Leib, keine starken Hüften, sondern jugendliche schlanke, elegante Figur. Kein Heilmittel, kein Geheimmittel. Garantiert unschädlich. Ärztlich empfohlen. Keine Diät. Viele Dank-schreiben. Preis 4 Mark.
 Hof-Apotheke, Karlsruhe, Kaiserstr. 201

Herren- u. Knabenkonfektion
 Herrenartikel, Schuhwaren, Tricotagen, Strumpfwaren, Kurzwaren. Stets große Auswahl.
W. Kaeller
 Kaiserstraße Nr. 5
 Einr. Durlacherstr.

Herren- u. Knabenkonfektion
 Herrenartikel, Schuhwaren, Tricotagen, Strumpfwaren, Kurzwaren. Stets große Auswahl.
W. Kaeller
 Kaiserstraße Nr. 5
 Einr. Durlacherstr.

Herren- u. Knabenkonfektion
 Herrenartikel, Schuhwaren, Tricotagen, Strumpfwaren, Kurzwaren. Stets große Auswahl.
W. Kaeller
 Kaiserstraße Nr. 5
 Einr. Durlacherstr.

Herren- u. Knabenkonfektion
 Herrenartikel, Schuhwaren, Tricotagen, Strumpfwaren, Kurzwaren. Stets große Auswahl.
W. Kaeller
 Kaiserstraße Nr. 5
 Einr. Durlacherstr.

Herren- u. Knabenkonfektion
 Herrenartikel, Schuhwaren, Tricotagen, Strumpfwaren, Kurzwaren. Stets große Auswahl.
W. Kaeller
 Kaiserstraße Nr. 5
 Einr. Durlacherstr.

Herren- u. Knabenkonfektion
 Herrenartikel, Schuhwaren, Tricotagen, Strumpfwaren, Kurzwaren. Stets große Auswahl.
W. Kaeller
 Kaiserstraße Nr. 5
 Einr. Durlacherstr.

Herren- u. Knabenkonfektion
 Herrenartikel, Schuhwaren, Tricotagen, Strumpfwaren, Kurzwaren. Stets große Auswahl.
W. Kaeller
 Kaiserstraße Nr. 5
 Einr. Durlacherstr.

Herren- u. Knabenkonfektion
 Herrenartikel, Schuhwaren, Tricotagen, Strumpfwaren, Kurzwaren. Stets große Auswahl.
W. Kaeller
 Kaiserstraße Nr. 5
 Einr. Durlacherstr.

Herren- u. Knabenkonfektion
 Herrenartikel, Schuhwaren, Tricotagen, Strumpfwaren, Kurzwaren. Stets große Auswahl.
W. Kaeller
 Kaiserstraße Nr. 5
 Einr. Durlacherstr.

Herren- u. Knabenkonfektion
 Herrenartikel, Schuhwaren, Tricotagen, Strumpfwaren, Kurzwaren. Stets große Auswahl.
W. Kaeller
 Kaiserstraße Nr. 5
 Einr. Durlacherstr.

Pfannkuch
Kranken-Wein
Bermouth (Branco)
 1/4 Flasche
 Mark 1.50
 mit Glas u. Steuer
 Nur 10 Lange
 Borral
Pfannkuch

Flügel Pianos Harmoniums
 empfiehlt in überraschender großer Auswahl
Heinr. Müller
 Klavierbauer, Schillerstraße 8.
 Zeitablauf gestattet. Welt-Instrumente werden in Zahlung genommen.

Im Winter sind Spröde Hände
 unvermeidlich. Die wirksamsten Mittel erhalten Sie bei
CARL ROTH
 DROGERIE TEL. 1803/30



BERUFS-KLEIDUNG
 ALLER ART
 Herren-Anzüge Sport-Anzüge
 Windjaden Boxyer Mäntel
 Breches-Hosen fedgrane Hosen
 Sonntags-Hosen Manchester-Hosen
 engl. Leder-Hosen Zwirn-Hosen
 Kodenjoppen sowie sämtliche Sorten Schuhwaren
 offeriert billig
Weintraub, Kronenstr. 52, Tel. 3747.

Todes-Anzeige.
 Am 17. November entschlief unsere liebe, treu- besorgte Tante
Fräulein Amelie Sachs
 im 92. Lebensjahre.
 Prof. Dr. Friedr. Klose, Lina Hoffmann, geb. Klose, Amelie Klose.
 Die Feuerbestattung hat auf Wunsch der Entschlafenen in aller Stille stattgefunden.
 Karlsruhe, November 1924.